

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Kapitulation, Befreiung vom Faschismus, Zerfall der Anti-Hitler-Koalition:

Der 8. Mai 1945

In den öffentlichen Reden, Stellungnahmen und Artikeln, die anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes unter das Volk gebracht werden, werden die Zusammenhänge nicht erhellt, sondern vernebelt. Dies leider nicht nur auf der politischen Rechten und bei den parlamentarischen Parteien der »Mitte«, sondern auch auf der Linken.

Die bedingungslose Kapitulation besiegelte den Zusammenbruch des deutschen Faschismus und das Aus der von den Nazis geplanten »neuen europäischen Ordnung«. Für die Völker, die dieser barbarischen »Ordnung« unterworfen waren, war der 8. Mai ebenso ein Tag der Befreiung wie für Hunderttausende so genannter Fremdarbeiter, für noch am Leben gebliebenen Häftlinge der Konzentrationslager, für Widerstandskämpfer in den besetzten Ländern wie auch für überlebende Kader der Arbeiterbewegung in Deutschland selbst.

Die Hoffnungen auf eine antifaschistische, den Frieden sichernde Ordnung in Europa, die mit diesem Tag verbunden waren, wurden rasch enttäuscht. Dieser Aspekt aber kommt in den meisten aktuellen Stellungnahmen zu kurz. Der 8. Mai 1945 markiert nicht nur die militärische Niederlage des deutschen Imperialismus und den Zusammenbruch des faschistischen Regimes, er ist zugleich die Geburtsstunde einer neuen weltpolitischen Kräfteverteilung – sie fand erst 45 Jahre später, 1989/90 ihr Ende.

Der 8. Mai lässt sich nicht allein bewerten als Zusammenbruch und Beseitigung des deutschen Faschismus; er markiert zugleich den Beginn einer neuen Phase der Weltpolitik, in unter den zeitweiligen Verbündeten der »Anti-Hitler-Koalition« die schon immer vorhandenen Gegensätze erneut sichtbar wurden. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dominiert der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus die Weltpolitik: Es herrscht der »Kalte Krieg«.

Die herrschende Klasse in Deutschland musste sich nach dem Krieg den Westmächten unterordnen, die als Retter der deutschen Bourgeoisie und Hüter der kapitalistischen Ordnung einmarschierten. Es war die Tatsache, dass sich ein sozialistisches Lager herausbildete, das dem Imperialismus als Ganzem und auch dem deutschen Kapital Grenzen setzte. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« benennt diesen Zusammenhang: *»Die Konkurrenz des real existierenden Sozialismus, der trotz seiner abschreckenden Erscheinungsform eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Gesellschaft des Westens ausübte, begünstigte eine Wirtschaftspolitik, die den Arbeitnehmern einen höheren Anteil am Brutto-sozialprodukt sicherte, als der Markt ihnen gewährt hätte.«* (28.4.05)

Diese, für die arbeitende Bevölkerung Westdeutschlands günstige Schönwetterperiode endete 1990; die Zugeständnisse, die das Kapital aufgrund der Existenz des sozialistischen Lagers machen musste, werden seit rund 15 Jahren nach und nach zurückgenommen, der Sozialstaat wird abgebaut, mit der Einführung von Hartz IV eine neue Art von Zwangsarbeit eingeführt.

Die Westmächte hatten nach 1945 das Bestreben, einer Ausdehnung des Sozialismus Schranken zu setzen und die durch den Zweiten Weltkrieg verlorenen gegangenen Gebiete erneut in das imperialistische Lager einzugliedern.

1990 gelang ihnen der Durchbruch. Der Übernahme der DDR durch die BRD folgten nicht nur die beschriebenen weit reichenden innenpolitischen Veränderungen; sie läutete auch eine neue außenpolitische Etappe ein. Es war ausgerechnet eine rot-grüne Regierungskoalition, die 1999 durch die Teilnahme am militärischen Überfall auf Jugoslawien ein »Nachkriegstabu« brach. Heute, 60 Jahre nach Kriegsende, ist Deutschland wieder kriegsfähig: Bundeswehrtruppen



kontrollieren den Norden Afghanistans, Bundesweherschiffe patrouillieren die Meerenge am Horn von Afrika, Bundeswehrtruppen sind Teil der internationalen Kosovo-Besatzungstruppe, Deutschland bildet in den Vereinigten Arabischen Emiraten irakische Polizisten für das von den USA eingesetzte Vasallenregime im Irak aus. Die deutsche Politik schickt sich an, das Alteisen »neue Ordnung« in Osteuropa in eine neue Form zu gießen: die EU-Osterweiterung. Außenminister Fischer bekannte sich jetzt vor dem Visa-Ausschuss des Bundestages offen dazu, dass das Ziel seiner Außenpolitik darin liege, nach der erfolgreichen Westwendung der Ukraine nun dasselbe in Weißrussland anzustreben, damit deutsche Investitionen in diese Länder fließen können.

Weder lässt sich der so genannte Sozialstaat wieder herstellen – die Zeit der »blühenden« Konjunktur mit ihren sozialen Zugeständnissen ist vorbei – noch kann es ein Zurück zu der Periode geben, wo der BRD außenpolitische und militärische Zurückhaltung auferlegt war. Die herrschende Klasse wird, den materiellen Interessen und den Triebkräften ihrer Gesellschaftsordnung folgend, die neuen Möglichkeiten nutzen. Kein sozialistisches Lager, sondern nur die Arbeiterklasse des eigenen Landes – im Bündnis mit den unterdrückten Klassen der anderen Länder – kann sie in Zukunft daran hindern.

Der Zerfall der Anti-Hitler-Koalition

Wenn politische Gruppierungen der Linken den 8. Mai nun als »Tag der Befreiung« werten, übersehen sie die grundsätzliche historische Weichenstellung des Kriegsendes. Weshalb wurden schon kurz nach Beendigung des Völkermordens aus Feinden Verbündete, welche Klasseninteressen bestimmten die Politik der Besatzungsmächte und wie sah

die Besatzungspolitik in den Westzonen aus? Auf diese Fragen wollen wir im Folgenden kurz eingehen.

Die alliierten Truppen eroberten Deutschland nicht aus moralischen, demokratischen oder antifaschistischen Motiven. Hinter den öffentlich vorgetragenen Begründungen verbargen sich ganz handfeste materielle Interessen und politische Zielsetzungen. 1945 wurde der Grundstein für die kapitalistische Nachkriegsordnung in Mittel- und Westeuropa gelegt. Wer die Veränderungen seit 1990 begreifen will, muss nüchtern die Ausgangsbedingungen, die Nachkriegsordnung, zur Kenntnis nehmen, um Schlussfolgerungen für die eigene Politik heute zu ziehen. Allein als Appell an das Gewissen der Menschen, als moralisches Vermächtnis wird der Antifaschismus keine politische Wirksamkeit entfalten können.

INHALT

Der 8. Mai 1945	1
Bericht Josef Bergmanns über das Lager Neuengamme ..	6
Aus dem Nachruf für Gustav Hertzfeldt	11
Leserbrief: Zu dem Artikel »Weltmarkt und Arbeiterklasse in China«	10
Zur Diskussion: Teil 1: Gewerkschaftlicher Kampf u. politische Perspektiven ..	11
Teil 2: Veränderte Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften	13
Korrespondenz: Harte Zeiten bei den modernen Dienstleistern	19
Zur 2. Leverkusener Konferenz: Über die Lage der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und den Weg zur politischen Unabhängigkeit der Klasse ..	22
Buchbesprechung: Venezuela – welcome to our Revolution	24
Die Demontage der Histradut	26
Hamburg: Proteste gegen Studiengebühren	32

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeiseshallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die Sowjetunion war während des Krieges auf die Unterstützung durch die westlichen Alliierten angewiesen. Die Abmachungen auf den Konferenzen der Anti-Hitler-Koalition von Teheran 1944 und Jalta 1945 bildeten von daher einen Kompromiss zwischen den so unterschiedlichen (sozialistischen und imperialistischen) Verbündeten, hinter denen sich die gegensätzlichen Interessen für die Gestaltung eines zukünftigen Deutschlands verbargen. In den Abmachungen wurde die bedingungslose Kapitulation, die These der Kollektivschuld sowie die Einflusssphären festgeschrieben – ein Beweis, wie stark die Gegensätze in der Anti-Hitler-Koalition schon während des Krieges waren. Die Abmachungen von Teheran und Jalta sowie das Potsdamer Abkommen (August 1945) bildeten einen Klassenkompromiss auf internationaler Ebene. Die SU verzichtete darauf, den Krieg mit revolutionären und sozialistischen Zielsetzungen zu führen, die Westmächte mussten die Ausweitung der sowjetischen Einflusssphäre hinnehmen. Schon früh, noch vor Beendigung des Krieges, analysierten Brandler und Thalheimer, dass diese Abmachungen auf die Dauer keinen Bestand haben können und sagten die Konfrontation zwischen beiden Lagern voraus.

Je mehr sich der Krieg dem Ende zuneigte, desto stärker traten die gegensätzlichen Interessen bei der Neuordnung Europas zu Tage. Innerhalb kurzer Zeit wurden aus Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition wieder Todfeinde, das Land des gemeinsamen Feindes zum militärischen Aufmarschgebiet zwischen West- und Ostblock. Kapitalismus und Sozialismus standen sich hier unmittelbar gegenüber. Der Sowjetunion – noch überwiegend ein Agrarland und wesentliche Teile des Landes durch den Krieg zerstört – fiel als Ergebnis des Krieges die Rolle einer weltpolitischen Großmacht zu.

»Jetzt in den Endkämpfen gegen Hitler nutzt die Sowjetunion die Bindung der militärischen Kräfte Englands und Amerikas aus, um sich im Balkan, Ungarn, Österreich festzusetzen. Aber es ist lächerlich zu glauben, der englische und amerikanische Imperialismus findet sich mit dem Vorschieben der russischen Einflusssphäre ab durch die Erklärung der offiziellen Vertreter der Sowjetunion, das bürgerliche Eigentum und die bürgerliche Demokratie nicht anzutasten. Für den Imperialismus bedeutet Schutz dem bürgerlichen Eigentum und der bürgerlichen Demokratie ihr Recht, diese Gebiete zu ihren Märkten und Profitquellen zu machen. Die Hinderung an diesen heiligen Rechten ist für sie Hochverrat. Die Fortsetzung des Krieges gegen Japan und die Friedensbedürfnisse der Massen in Amerika und England machen einen sofortigen Krieg gegen die Sowjetunion unwahrscheinlich. Aber mit der Rede Churchills ist der Kampf um und in den russischen Einflusssphären erklärt – begonnen hat er schon früher, in Griechenland, Italien usw.« (Brief von Heinrich Brandler, 15.5.1945)

Die Interessen der SU und die Nachkriegsordnung in Osteuropa: Grundlagen des Sozialismus werden geschaffen

Die Rote Armee folgte keinen moralischen oder ideellen Zielen, sie wollte weder die Revolution noch den Sozialismus weltweit exportieren, wie uns die Propaganda der »Kalten Krieger« im Westen weismachen wollte. Der Griff nach Mitteleuropa, so ihre Behauptung, sei der Versuch Moskaus, seine Weltherrschaft aufzubauen. Die SU hatte den Zweiten Weltkrieg nicht unter revolutionären Losungen, sondern

unter der Parole vom »großen vaterländischen Krieg« geführt. Sie diente der Mobilisierung aller Kräfte unter den Völkern der Sowjetunion zur Verteidigung des Landes mit einem Ziel: Nie wieder sollten fremde Truppen einen Krieg nach Russland tragen können. Das war die Schlussfolgerung aus den leidvollen Erfahrungen von Bürgerkrieg und Intervention in den Jahren nach der Revolution (von 1917 bis 1921) und aus dem Zweiten Weltkrieg, der ihr durch die Deutsche Invasion 1941 aufgezwungen wurde.

Kern der außenpolitischen Absichten in Moskau nach 1945 war, durch einen Gürtel blockfreier und neutraler Staaten (wie Österreich und Finnland), sozusagen einen Schutzgürtel um die Sowjetunion zu legen. Bis in die 50er Jahre gab es entsprechende diplomatische Initiativen für einen Friedensvertrag mit Deutschland, aus dem sie sich dann zurückgezogen hätte. Die ungeheuren Zerstörungen und Verluste hatten die Sowjetunion derart geschwächt, dass die Führung der KPdSU, aber auch die große Masse der Bevölkerung einer erneuten militärischen Konfrontation – diesmal mit den Westmächten – unter allen Umständen aus dem Wege gehen wollten.

Doch der militärische Aufmarsch der Westalliierten in Mitteleuropa, die alle diplomatischen Initiativen zurückwiesen und Westdeutschland fest ins NATO-Lager einbinden wollten, ließ ihr keine andere Möglichkeit, als ihre Herrschaft und ihren Einfluss in den eroberten osteuropäischen Ländern zu festigen und auszubauen. Die Erfahrungen mit der europäischen Arbeiterbewegung, vor allem der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse vor dem Faschismus, ließ die KPdSU nicht auf die revolutionäre Hilfe der westeuropäischen Arbeiterklassen setzen. Die Sicherung der Sowjetunion sollte nun der Roten Armee zufallen: In den eroberten osteuropäischen Staaten mussten gesellschaftliche Veränderungen eingeleitet werden, die garantierten, dass von diesem Boden zukünftig keine Gefahr für die SU mehr ausgehen würde. Ohne die Enteignung der besitzenden Klassen war diese Gefahr aber nicht zu bannen.

Außer in Jugoslawien, wo die inneren Kräfte infolge der Partisanenkämpfe unter Führung Titos so stark waren, dass sie eine Außenbestimmung zurückweisen konnten, wurde der Weg der gesellschaftlichen Umwandlung durch die Siegermacht Sowjetunion bestimmt. Wer herrscht, bestimmt auch die Methoden: Also wurden die russischen Methoden des sozialistischen Aufbaus in den neuen Einflussbereich exportiert.

Ökonomische Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft wurden gelegt. Die Länder wurden industrialisiert, ein Bildungs- und Sozialwesen wurde aufgebaut. Da die sozialistische Gesellschaftsordnung von den Arbeiterklassen dieser Länder nicht erkämpft worden war, wurde das Proletariat hier auch nicht Subjekt, Herr im eigenen Hause. Dementsprechend fehlte ihm auch die Kraft, die gesellschaftlichen Errungenschaften gegen die Expansion des kapitalistischen Westens nach 1989 zu verteidigen. Der Export der russischen Methoden hat eine dauerhafte Sicherung der sozialistischen Grundlagen in der Sowjetunion nicht erreicht. Die geografische Sicherheitszone schützte nicht vor dem Rüstungswettlauf. Von den Arbeiterklassen der industriell hoch entwickelten Länder erhielt die Sowjetunion, die sich erst seit der Planwirtschaft Ende der 20er Jahre zu einem Industrieland entwickelt hatte, keine ausreichende politische und materielle Unterstützung.



In den Westzonen nie verwirklicht

Die außenpolitischen Losungen der Sowjetunion nach 1945 von der »antifaschistisch demokratischen Neuordnung« und dem »Schutz des Eigentums« haben zwar zur Verwirrung unter der arbeitenden Bevölkerung beigetragen, konnten aber die Westalliierten nicht täuschen. Den kommunistischen Parteien im Westen dienten diese Losungen als Begründung, um sich an bürgerlichen Regierungen zu beteiligen (in Frankreich, Italien usw.) In Westdeutschland ließen sie sich zunächst in die von den Westalliierten eingesetzte Verwaltung einbinden.

Die Zusammenarbeit der Westalliierten mit dem faschistischen Staatsapparat und der Verwaltung

Die westlichen Alliierten marschierten mit den genau entgegen gesetzten Absichten wie die Rote Armee in Deutschland ein. Sie wollten nicht nur einen imperialistischen Konkurrenten ausschalten, der ihnen mit seinem Expansionsdrang einen mörderischen Krieg aufgezwungen hatte. Im Verlauf und zu Ende des Krieges gewannen zwei weitere Ziele immer größere Bedeutung.

Es galt erstens eine Erweiterung der sowjetischen Einflusssphäre zu bekämpfen. Erst nachdem die Rote Armee vor Polen stand, folgte die alliierte Invasion in der Normandie; die sowjetischen Truppen sollten unter keinen Umständen allein in Deutschland einmarschieren. Das hätte unabsehbare Folgen nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa gehabt. Das Ansehen der Roten Armee als Befreierin vom Faschismus unter den europäischen Völkern wäre noch weiter gestiegen. Und wie hätte man sie – trotz der Abmachungen von Teheran – aus Deutschland wieder hinausdrängen können?

Das zweite Ziel war die Verhinderung sozialer Umwälzungen und Revolutionen in den Staaten Mittel- und Westeuropas. Große Teile der besitzenden Klassen der im Zweiten Weltkrieg eroberten Länder hatten durch ihre Kollaboration mit Hitlers neuer europäischer Ordnung jeglichen moralischen und politischen Kredit in der Masse der Bevölkerung verspielt. Die Gefahr lag also nahe, dass ihnen ein für alle mal ihre Privilegien, der Besitz von Ländereien und Fabriken und somit ihr bestimmender politischer Einfluss genommen würde. Die Kriegs- und Besatzungspolitik der Westalliierten sollte das verhindern. Deshalb wurde beispielsweise das faschistische Spanien nicht angetastet und Franco bald in den erlauchten Kreis der Verteidiger von »westlichen Werten

und Demokratie« aufgenommen. Noch vor dem 8. Mai 1945 schlugen die britischen Besatzungstruppen soziale Unruhen und bewaffnete Aufstände gegen die alte Ordnung und das Königshaus in Griechenland nieder. Dort, wie auch beispielsweise in Italien, wurden die antifaschistischen Widerstandsgruppen von den einrückenden Truppen der Westalliierten entwaffnet.

Auch in Deutschland war die Besatzungspolitik darauf ausgerichtet, grundlegende soziale Veränderungen – wie sie nach dem Ersten Weltkrieg nach der Novemberrevolution auf der Tagesordnung gestanden hatten – zu verhindern. Nach der Niederlage des Hitlerregimes drohte mit einem Zusammenbruch des politischen Überbaus, des faschistischen Staatsapparates, auch dem gesellschaftlichen Fundament, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Gefahr. Die Forderungen nach Sozialisierung des Finanz-, Schwer- und Rüstungskapitals fand unter großen Teilen vor allem der arbeitenden Bevölkerung ein breites Echo. Und wer, wenn nicht die überlebenden Kader der alten Arbeiterbewegung hätten in der unmittelbaren Nachkriegssituation das Erbe des bankrott gegangenen Regimes antreten können? Dieser Gefahr galt es entgegenzutreten. Dem diente die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation, die zugleich die vollständige Besetzung Deutschlands vorsah.

In einem so großen, hoch industrialisierten Land aber lässt sich die staatliche Ordnung nicht allein mit fremden Besatzungstruppen aufrechterhalten. Schon während des Nürnberger Prozesses, nachdem die alliierte »Entnazifizierung« gerade begonnen hatte, bediente man sich schon fleißig der Hüter der alten Ordnung, während Antifaschisten, revolutionäre Sozialisten und Kommunisten verfolgt wurden. Große Teile der alten »Verwaltungsbeamten« und der »Experten« wurde in ihren Ämtern belassen – auch Lehrer, Ärzte, Professoren und Juristen, sowie die Polizei. Sie konnten nach Gründung der BRD auch in zahlreichen politischen Ämtern – »demokratisch geläutert« – wieder ihren Einflussausüben. Das war keinesfalls Ergebnis von einer nicht konsequent genug durchgeführten Entnazifizierung, von falscher Rücksichtnahme oder der besonderen Verschlagenheit und Tarnung alter Nazis. Die Zusammenarbeit der Besatzungsbehörden mit der alten, faschistischen Verwaltung diente der Sicherung von Ruhe und Ordnung, war notwendig zur Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Nicht nur das alte, faschistische Verwaltungspersonal wurde

übernommen, auch die Grundlage, die zum Faschismus geführt hatte, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, blieb in den Westzonen erhalten.

Die Weimarer Demokratie war ja nicht vom Faschismus in offener Auseinandersetzung geschlagen worden, den Nazis war die Macht wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen. Die bürgerliche Demokratie und ihre Träger hatten sich zersetzt und selbst aufgegeben, nachdem die kapitalistische Wirtschaft in eine tiefe Krise geraten war. Die bürgerlichen Demokraten waren zu den Nazis übergelaufen oder hatten kapituliert, einschließlich der Sozialdemokratie und der ADGB-Führung. Die Nazis hatten die wirtschaftliche Grundordnung für das Bürgertum gerettet und weitergeführt. Deshalb wurden zahlreiche Repräsentanten der Nazi-Diktatur und ihre Verwaltung nach dem Krieg auch wieder gebraucht. Sie sahen in den Westalliierten zu Recht das neue antikomunistische Bollwerk, dem sie sich jetzt zur Verfügung stellten. »Der Gauleiter von Hamburg, Kaufmann, konnte in Lager Vorträge halten, die gegen die SU, für die Westmächte Propaganda machten. Der Kommandant des KZ Lager[s] Stutthof, Hoppe, war nach wenigen Wochen in Neuengamme bereits Lagerpolizist geworden.« (Josef Bergmann, 1946 über die Zustände im britischen Gefangenenlager, dem ehemaligen KZ Neuengamme, siehe Artikel S. 6)

Verfolgungen in den Westzonen

Nahm man die antinationalsozialistische Propaganda der Westmächte für bare Münze, so hatten »Freund und Feind« in den westlichen Besatzungszonen mit der Niederlage Hitler-Deutschlands überraschend gewechselt. Den beiden bekanntesten Vertretern der KPD-O, Brandler und Thalheimer, wurde in den Nachkriegsjahren die Wiedereinreise aus Kuba in ihr Heimatland verwehrt. Während Brandler auch ohne alliierte Erlaubnis versuchte über London einzureisen, starb August Thalheimer 1948 auf Kuba. Jupp Bergmann, der aus schwedischem Asyl nach Lübeck zurückkehrte, hinterließ uns einen Bericht über seine Inhaftierung im KZ Neuengamme durch die britische Militärverwaltung. Wir drucken ihn im Anschluss an diesen Artikel ab. Mitglieder der alten KPD-O – sie gründeten 1948 die Gruppe Arbeiterpolitik – sahen nach 1945 in politisch von allen Besatzungsbehörden unabhängigen Organisationen der Arbeiterklasse eine entscheidende Voraussetzung für einen Wiederaufstieg der geschlagenen Arbeiterbewegung. Sie nahmen aber in dem weltpolitischen Konflikt zwischen den Blöcken bei aller Kritik an deren Methoden eindeutig für die Sowjetunion Stellung.

»Im Übrigen in Bezug auf das praktische Verhalten ist unsere Stellung klar genug festgelegt, so dass niemand in Zweifel darüber sein kann. Wir sind in vielem kritisch gegenüber dem, was die Russen machen, aber niemand, der unsere bisherigen Sachen gelesen hat, kann im Zweifel darüber sein, dass wir in dem Konflikt zwischen Angelsachsen auf der einen, den »Russen« auf der anderen Seite, uns auf die letztere Seite stellen, weil die erstere auf die Verteidigung des Kapitalismus hinausläuft, die andere auf deren Beseitigung. [...] Darüber hinaus aber sind wir dafür, dass die deutsche und westeuropäische Arbeiterklasse nicht Anhängsel der SU sein soll, sondern [...] eine selbständige revolutionäre Kraft, mit dem Nachdruck auf beide unterstrichenen Wörter. ‚Selbständigkeit‘, nur um imperialistische und reformistische Politik zu machen, ist keinen Pfifferling wert.« (August Thalheimer, Brief an Fritz Wiest, 20.5.1946)

Hier standen sie im scharfen Gegensatz zur Haltung der KPD, die an das Weiterbestehen der Anti-Hitler-Koalition glaubte. »Neulich hielt einer der Führer der deutschen Kommunisten in der britischen Zone, Senator Dettmann aus Hamburg, eine merkwürdige Rede: ›Die Kommunistische Partei‹, führte er aus, ›erhebt heute keine sozialistischen Forderungen, weil es keine wirkliche sozialistische Volksbewegung gibt. Im Einklang mit den Beschlüssen von Jalta, Teheran und Potsdam muß innerhalb der bestehenden kapitalistischen Ordnung eine demokratische Politik betrieben werden.‹ Das ist das erste Mal, dass wir davon hören, dass Teheran, Jalta und Potsdam irgendjemand dazu verpflichtet haben, für die Erhaltung ›der bestehenden kapitalistischen Ordnung‹ zu arbeiten.« (Isaac Deutscher, The Observer, 9. Dezember 1946)

Aber nicht nur Kommunisten, die eine Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten ablehnten, auch Mitglieder und Anhänger der KPD waren in unmittelbarer Nachkriegszeit Verfolgungen und Inhaftierungen ausgesetzt. Und zwar zu einer Zeit, als sich die vier Alliierten offiziell noch zur Anti-Hitler-Koalition bekannten und KPD-Vertreter auch in den westlichen Besatzungszonen Ministersessel bekleideten.

»Berlin ist jetzt Zeuge eines bedeutsamen politischen Prozesses geworden – einige Zeitungen nennen ihn den ersten politischen Prozess seit Ende des Dritten Reiches. Angeklagt waren zwei führende Berliner Kommunisten, Jurr und Kammermeier. Beide haben jahrelang unter der Verfolgung der Nazis gelitten – Jurr verbrachte die ganze Zeit des Nazi-Regimes in Konzentrationslagern und Zuchthäusern. Die amerikanische Militärregierung beschuldigte sie beide der Einmischung in Obliegenheiten der Militärregierung, weil sie Mitglieder ihrer Partei aufgefordert hatten, sie über alle Geschehnisse in der deutschen Zivilverwaltung ihre Stadtbezirks auf dem Laufenden zu halten. Beide wurden zu fünf Jahren Haft verurteilt.« (Isaac Deutscher, The Observer, 7. April 1946)

Interessant auch die Schilderung der Verhältnisse in Kamen. Die Bergleute beispielsweise bekamen schon bald nach Kriegsende den Charakter der westalliierten Besatzung zu spüren. Unter der Überschrift »Schweigende Ruhr« berichtet Isaac Deutscher für »Nowa Polska« im Januar 1946: »[...] Ein wenig anders spricht Heinrich D. über diese Dinge, ein Betriebsrat der Bergwerksbelegschaft, der auf unseren Wunsch im Arbeitszimmer des Direktors erscheint. Er ist Sozialdemokrat – vor dem Hitler-Umsturz war er Führer des sozialdemokratischen Reichsbanners in einem Ort bei Kamen. [...] Die Welt weiß nicht, sagt er, und wird es niemals erfahren, durch welche Hölle wir gegangen sind. Die Ruhr war immer rot und blieb rot während dieser schrecklichen Jahre. Eingekeist von Spionen und Hitler-Spitzeln konnten wir gegen das Regime nichts ausrichten. Hier in diesem Bergwerk konnte ich selbst in den letzten Jahren keine Arbeit bekommen. Und der Vorstand des Bergwerks hatte ein Konzentrationslager unter seiner Führung, in dem stets auch mindestens fünfzig deutsche Bergarbeiter aus der eigenen Belegschaft saßen, meistens Kommunisten. Das Konzentrationslager war gleichsam eine Abteilung des Unternehmens. [...] Aber das schlimmste ist, dass der Bergarbeiter sieht, dass sich hier nichts geändert hat. Die Menschen kehren aus der Kriegsgefangenschaft zurück und melden sich bei der Arbeitskammer zwecks Arbeit. Aber wer regiert heute in der Arbeitskammer, zum Beispiel in Kamen? Die gleichen Leute,

die bis vor kurzem bestimmt hatten, wer in das Konzentrationslager des Bergwerks einzuliefern sei. Von ihnen hängt es ab, welche Arbeit der Kumpel jetzt bekommt. Sogar der Chef der Polizei in Kamen ist derselbe geblieben. [...] Ich habe immer die Sendungen des BBC gehört. Man versprach uns die Säuberung Deutschlands von der braunen Pest. Aber es kam alles anders. Die Hitler-Anhänger sind geblieben, und der einfache Bergmann wird behandelt, als ob gerade er ein Hitler-Faschist gewesen wäre. [...]

Bericht von Josef Bergmann, nachdem er aus dem unter britischer Verwaltung stehenden Nazi-Lager Neuengamme entlassen wurde

Wie üblich, schreiben die Sieger die offizielle Geschichte. Verstärkt wird seit 1990 der Antifaschismus von den politischen Vertretern der Berliner Republik und der Medien entsorgt. Er erschöpft sich in nichts sagenden Bekenntnissen anlässlich historischer Jahrestage. Dem können aber keineswegs alle »Demokraten« folgen. Teile in der CDU haben sich, in jahrzehntelanger bundesdeutscher Tradition, eher das Gedankengut der NPD zu diesem Thema zu Eigen gemacht. Ein besonders abstoßendes Beispiel für die Verfälschung der Geschichte bietet der aktuelle »Umbau« der KZ-Gedenkstätten auf dem Gebiet der DDR, in denen jetzt nicht nur der Opfer des Faschismus, sondern auch den von der Roten Armee Inhaftierten gedacht werden soll und entsprechende Gedenktafeln angebracht wurden. In der Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus, von KZ-Wächtern und Roter Armee, drückt sich der Klassencharakter des offiziellen »Antifaschismus« durch bürgerliche Medien und Politiker aus. Dabei müssen natürlich Tatsachen, die dem entgegenstehen, verschwiegen werden.

Auch in den Westzonen wurden die Konzentrationslager weiter genutzt. Inhaftiert darin waren nicht nur die Parteigänger der NSDAP, sondern auch Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten.

Wir bringen im Folgenden den Erlebnisbericht unseres am 18. Februar 2005 gestorbenen Genossen Pepp Bergmann, er war vom 1. Mai bis zum 10. Oktober 1946 im Lager Neuengamme. Die kurze Darstellung der Vorgeschichte ist der

Tatsachenbericht von Josef Bergmann, verfaßt nach dem 10. Oktober 1946

Neuengamme ist ein früheres KZ Lager, jetzt ist es ein Internierungslager und umfasst etwa 7000 Insassen. Es gibt dort 3 Lager, Lager 1, 2, 3. Lager 3 ist das Lager für solche, die mit Bewachung von KZs in der Nazizeit zu tun hatten, Totenkopfverbänden der SS angehörten oder möglicherweise von alliierten Behörden angefordert werden könnten. Es umfasst etwa 800 Mann. Dieses Lager 3 ist in jeder Hinsicht das beste: hygienisch, im Bezug auf Versorgung, die Lage und den verhältnismässig großen Platz. In Lager 1 und 2 sitzen Internierte aus verschiedensten Gruppen. Wenn man einige Wochen unter den Internierten gelebt hat, stellt man eine

Da der Gegensatz zur Sowjetunion für die Westalliierten nach 1945 der entscheidende war, retteten sie die deutsche Bourgeoisie, die sich willig unter ihre Herrschaft begab und ihren Wiederaufstieg vorbereitete. Zwar hatten die Armeen der Anti-Hitler-Koalition die Geißel des Faschismus besiegt, das Joch des Kapitalismus blieb der Arbeiterklasse in den Westzonen aber erhalten – zunächst in Form einer rund 40-jährigen realtiven Aufstiegsperiode. ■

Gedenkrede von Theodor Bergmann für seinen Bruder entnommen: »Auf der Rückkehr auf dem Schiff von Schweden nach Deutschland begegneten sich zwei konträre Deutschländer, nämlich 30 sozialistische freiwillige Rückkehrer und 30 von der schwedischen Regierung ausgewiesene NS-Funktionäre, u.a. der Korrespondent des ›Völkischen Beobachter‹, die noch vor Stalingrad im Siegesrausch die Schweden beschimpft und eingeschüchtert haben. [...]

Am 1. April 1946 landeten wir in Lübeck und wurden zur weiteren Kontrolle in ein Durchgangslager des Roten Kreuzes verbracht. In unserem wenigen Gepäck hatten wir gut verpackt die ersten grundlegenden Analysen von Thalheimer und Brandler (›Die Potsdamer Beschlüsse‹ und die ›Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg‹), die wir unseren alten Freunden übergeben wollten. Nach wenigen Tagen war meine Überprüfung abgeschlossen [...]. Mein Bruder jedoch sollte »nur noch wenige Tage« – so wurde uns gesagt – zwecks Klärung dort bleiben. [...] Es wurde vermutet, dass Josef Bergmann ein Kominternagent sei – eine politisch absurde Denunziation aus unbekannter Quelle, aber auch Symptom des schon begonnen Kalten Krieges: Die Kriegsallianz der kapitalistischen Westmächte mit der sozialistischen Sowjetunion war zerbrochen – wie Thalheimer schon früh analysierte. Pepp kam nach Neuengamme, wo er mit nationalsozialistischen Funktionären zusammengesperrt und von der Außenwelt isoliert wurde. [...]

klare Klassenscheidung im Lager fest; auf der einen Seite die »Aristokratie«: Zu ihr gehören fast die gesamte Lagerführung (doch mit einigen Ausnahmen), die höheren Partei- und SS Führer, die Kreisbauernführer etc. Sie halten sich physisch auf der Höhe, bekommen von ihren Parteifreunden und Familien dicke Pakete, oder schwimmen wie ein grosser Teil der Lagerführung auf Grund ihrer Position obenauf. Auf der anderen Seite: das »Proletariat«, die kleinen PGs, NSV-Funktionäre und vor allem die zur Waffen-SS gezogenen Männer. Letztere Gruppe zählt über 1500 Mann im Lager. Unter dem »Proletariat« findet man manch einen, der an die Bilder von Belsen und Buchenwald erinnert.

Zur Beleuchtung dieser Verhältnisse einige interessante Einzelheiten, die sicher jeder Internierter bestätigen kann:



Josef Bergmann, 33, Ende April 1946 auf der Rückkehr von Schweden in die britische Besatzungszone, zusammen mit einem österreichischen Antifaschisten.

1. Es gibt im Lager nicht die geringste Solidarität oder Kameradschaft. Es ist ein täglich sich vielmals wiederholendes Bild, die Kreisbauernführer oder Standartenführer Speck, Eier, Wurst essen zu sehen und den Nachbarn hungrig zusehen zu lassen.
2. Es gibt im Lager Fußballspiele und anderen Sport. Man wird immer wieder dieselben gutgenährten Typen der Lagerleitung oder Küche beim Spielen sehen. Ein »gewöhnlicher« Internierter hat dazu gar nicht die Kraft.
3. Man sagt, es kämen offiziell pro Kopf 1300 Kalorien pro Tag Normalverpflegung. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Verpflegung besser ist, als sie in den Nazi-Lagern gewesen ist. Ich gebe sogar zu, dass sie besser ist, als die manch eines Zivilisten. Aber es ist eine Tatsache, dass Verschiebungen nach außen hin vorkommen und dass die Verteilung höchst ungleichmäßig ist.
4. Es ist unmöglich für jemanden, der nicht zur Lagerleitung gehört, irgendwelche Kontrolle über die Küche und Verpflegung vorzunehmen. In diesem Zusammenhang eine interessante Begebenheit: Im Lager 3 [muss heißen: 1] war im August das Essen sehr schlecht, vor allen Dingen unterschied es sich wesentlich von dem im Lager 2 (im Lager 3, dem »Schwerverbrecherlager«, gibt es immer ausgezeichnetes Essen!). Die Männer des Lager 1 waren unzufrieden und es kam zu recht kräftigen Protesten. Erfolg: In der folgenden Zeit gab es plötzlich beinahe jeden Abend eine Extrasuppe.

Die Verwaltung

Es gibt in Neuengamme nicht die geringste Selbstverwaltung. Der Aufbau des Lagers geschieht nach dem Führerprinzip von oben nach unten. Die Hauptlagerleitung wird von den Engländern eingesetzt, und sie wiederum setzt alle Lagerleitungen und Funktionäre ein. Dieses Prinzip geht herunter bis zum Führer der Hundertschaft. (Es soll hierbei anerkannt werden, dass es einige Hundertschaftsführer und Funktionäre gibt, die wirklich versuchen, freiere Methoden anzuwenden). Es gibt nicht das geringste Recht der Kritik oder Beschwerden. Wie soll ein Mann sich bei den Engländern über Missstände beschweren können, wenn jeder Verkehr mit den Engländern durch die – kritisierte – Lagerleitung geht? Die Engländer geben sich nicht die geringste Mühe zu

differenzieren oder zu entscheiden. Im Gegenteil. Dafür einige markante Beispiele: Die etwa 1500 zur Waffen-SS gezogenen Männer (darunter Männer, die nie einer Parteigliederung je angehörten, Kinder von politisch verfolgten Sozialisten, deren Väter in KZs gesessen haben), werden konsequent auf eine Stufe mit der allgemeinen SS (freiwilligen!) gestellt. Ebenso die, die ihren SS-Titel ehrenamtlich bekamen, ohne aktiv Mitglieder der SS gewesen zu sein. Welches ist die Schlussfolgerung der höheren SS[-] und Naziführer?: Wenn diese Leute gleich schuldig sind, dann sind wir ebenso unschuldig wie diese.

Hohe SS-Führer, Ortsgruppenleiter etc. werden entlassen, die kleinen bleiben sitzen. Z. B.: Das deutsche Gesandtschaftspersonal von Portugal und Spanien kam nach Neuengamme. Der Marineattaché Admiral v. Henning wurde nach 3 Monaten entlassen, die Leute, die unter ihm die Spionagedienste geleistet haben, sind heute noch da.

Oder: Es saßen dort einige freiwillige Rückkehrer aus Schweden, politische Flüchtlinge, Sozialisten und Kommunisten, gleichzeitig waren mit ihnen in Neuengamme eingeliefert worden u.a. der Kreisamtsleiter der NSDAP in Göteborg, höhere Beamte der deutschen Gesandtschaft in Stockholm (alles NSDAP-Mitglieder). Sie wurden nach 3 Monaten freigelassen. Die Antifaschisten wurden von ihnen – stellt euch das richtig vor! – gefragt, wann sie denn 'rauskämen!

Die Engländer sind fast ausnahmslos (es gibt auch angenehme Ausnahmen) uninteressiert an einer Differenzierung der verschiedenen Gruppen. Und leider muss man sagen, dass viele von ihnen (sogar jüdische Emigranten aus Deutschland!) sich mehr zu den einstigen Koryphäen der Nazis als zu den kleinen Nazis und Antinazisten hingezogen fühlen. Wie kann es anders möglich sein, dass ein ehemaliger General der Hitlerjugend ihr großes Vertrauen genießt, der Internierten den Vorwurf macht, daß sie sich zu viel mit den Antinazisten einließen. Es ist eine traurige und beschämende Tatsache, dass dieselben Leute, die soviel von einer demokratischen Erziehung des deutschen Volkes sprachen, heute das schlechteste Beispiel geben. Sie interessiert vielmehr als eine ideologische Klärung – die mehr oder weniger »schwarzen« Geschäfte, die man im Lager mit den »Besitzenden« machen kann.

Es ist schwer, als Internierter ohne jede Möglichkeit eines Kontakts nach außen, nur angewiesen auf seine eigene Urteilskraft, Menschen richtig beurteilen zu können. Aber für einen Sozialisten gibt es Methoden und Experimente, die eine Klärung auch unter den schwersten Umständen herbeiführen können.

Es zirkulierten im Lager bei einem Teil der besten Elemente marxistische Literatur, das Kommunistische Manifest, englische sozialistische Zeitungen wie Left/Soc[ial] Leader/Daily Herald etc. Diese Dinge haben in kleinerem Kreise gute Diskussionen angeregt über Probleme des Sozialismus und des Wiederaufbaues Deutschlands. Und ich muss sagen: Ich habe dort Leute gefunden, die sich zu einer größeren Klarheit in gesellschaftlichen und politischen Fragen durchgerungen haben als mancher hohe Funktionär der SP und KP. Diese Menschen ließen sich in ihrem irrungen Standpunkt auch nicht erschüttern durch bittere und harte Tatsachen. Eine von diesen ist folgende: In der »Hamburger Volkszeitung« und auch in anderen Zeitungen erschienen des öfteren Artikel über Neuengamme. Ihr Inhalt war kurz folgender: Dort sitzen nur Kriegsverbrecher und hohe Nazi-Bonzen. Diese

kriegen offiziell mehr Kalorien als die Zivilbevölkerung. Ihnen geht es zu gut usw.

Die Lagerleitung versäumte es nicht, jeden dieser Artikel im Lager auszuhängen und verlesen zu lassen. Das war ihre Propaganda gegen die Arbeiterbewegung. Viele Leute fragten mich dort, was ich dazu sage, es stimme doch nicht, sie hätten doch gar nichts mit den Nazi-Verbrechern zu tun und es sei niederdrückend, wenn man sie dauernd in einen Topf würfe mit den Nazibonzen und Kreisbauernführern, die sie ja genau so hassten. Warum mache man keinen Unterschied? Warum gebe man ihnen nicht die Möglichkeit zu beweisen, wo sie stünden?

Ist es nicht ein Zeichen von Standhaftigkeit, von politischer Überzeugung, wenn man sich trotz alledem zum Sozialismus und zur Arbeiterbewegung bekennt, wenn man sich nicht irre machen lässt, von solchen Anklagen?

Ein Arzt aus Danzig, SS-Mitglied, sagte mir: *»Ich war bei den Nazis, weil ich als guter Bürger für Deutschland ein Herz hatte. Der Nazismus war ein furchtbarer Betrug – ich habe getan, was ich konnte, um das Los seiner Opfer zu mildern, aber darüber will ich nicht reden – mein Herz für Deutschland habe ich noch, deswegen bin ich überzeugter Sozialist geworden. Deutschland muss sozialistisch werden und mich kann von dieser Überzeugung nichts – auch nicht die dümmsten Artikel in der Linkspresse abbringen. Die Idee des Sozialismus ist größer und weiter, als die heutige Presse es glauben lassen könnte!«*

Ich lernte Leute kennen, die sich im Lager offen zum Kommunismus bekannten, die sich nicht daran kehrten, ob das nun den Engländern oder der Lagerleitung passte oder nicht, die Sturm liefen gegen die Korruption und die Misswirtschaft, wobei sie oftmals nicht nur der deutschen Lagerleitung sondern auch den Engländern gegenüberstanden.

Es gibt im Lager auch die Unverbesserlichen, die im Geiste und ihren Handlungen immer noch gute Nazis sind. Keiner kann bestreiten, dass gerade sie am besten dastehen und mit den Engländern am besten auskommen.

Der Gauleiter von Hamburg, Kaufmann, konnte im Lager Vorträge halten, die gegen die SU, für die Westmächte Propaganda machten. Der Kommandant des KZ-Lager[s] Stutthof, Hoppe, war nach wenigen Wochen in Neuengamme (im Lager 3) bereits Lagerpolizist geworden. Nach langer Zeit kamen die Engländer auf den Gedanken, dass das eigentlich doch nicht ginge und setzten ihn ab. (Ob er einen anderen guten Posten als Ersatz bekam, entzieht sich meiner Kenntnis). Zu welchen Situationen das führen kann, beweist ein Beispiel: Eines Tages kam in Lager 3 ein alter Mann aus der Baracke herausgelaufen und wollte zum englischen Provost. Etwa 20 Meter hinter ihm kam ein jüngerer SS-Typ. Als der jüngere den älteren eingeholt hatte und ihn am Arm festhalten wollte, schrie ihn der ältere an: *»Du Mörder, du hast schon so viele auf dem Gewissen, lass mich in Frieden...«* und lief weiter in Richtung zum englischen Provost. Etwa 50 Meter davor kamen ihm zwei deutsche Polizisten entgegen, nahmen ihn am Arm und führten ihn ab. Hinzuzufügen wäre noch, dass kurze Zeit darauf der englische Provost aus dem Lager 3 ganz herausgezogen wurde. Überlegt euch mal, was das heißt: Auch dort sitzen Leute, die 1944/45 zur Bewachung von KZs kommandiert wurden, ich kenne sogar solche, die, weil sie das nicht mehr ertragen konnten, lieber an die Front gingen. Sie alle müssen sich heute noch der Disziplin und dem Gehorsam der alten SS-Führer unterwerfen.

Ich habe mir während meiner Lagerzeit oft die Dinge durch den Kopf gehen lassen und bin sehr kritisch. Ich weiß, wenn ein SS-Mann seine Uniform nicht mehr trägt und keine Macht mehr besitzt, so kann man sich leicht täuschen. Aber ich habe gesehen, wenn einer getäuscht worden ist, so sind es die Engländer.

Ich wurde mit einer Anzahl volksdeutscher SS-Leute entlassen (keine gezogenen). Diese volksdeutschen SS-Leute aus Rumänien, Siebenbürgen etc. sind die unsympathischsten Typen. Und richtig: 1/2 Stunde nach ihrer Entlassung grüßten sie bereits wieder mit *»Heil Hitler«*.

Man könnte noch vieles über diese Dinge schreiben. Aber ich will zum Schluß einige Fragen stellen:

- 1) Man sagt, das deutsche Volk habe von den Greueln in den KZs der Nazis gewusst. Warum weiss die Hamburger Öffentlichkeit, die SP- und KP-Presse, nicht, dass in Neuengamme ehrliche Sozialisten und Kommunisten, politische Emigranten, republikanische Spanienkämpfer, Kinder von Funktionären der Arbeiterbewegung sitzen und genauso, nein schlechter behandelt werden, als mancher heute noch wohlhabende Nazi-Bonze?
- 2) Warum gibt man weder englischen Sozialisten noch deutschen die Möglichkeit, das Lager zu betreten und sich selbst eine Auffassung zu bilden? Warum steht dieses Recht nur deutschen Pfarrern und Pastoren zu?
- 3) Warum lässt man Männer, die zur Waffen-SS gezogen wurden, dort 14 Monate und länger sitzen, ohne ihre Fälle ernsthaft zu prüfen, während Auslandsagenten der Nazis, wohlhabende Parteibonzen von Hamburg sehr viel schneller, z[um] T[eil] schon nach drei Monaten entlassen werden?
- 4) Warum gibt es nicht die geringste Form von Selbstverwaltung und Demokratie im Lager? Warum scheidet man nicht die Geister? Warum gibt es keine englische Stelle, an die sich die Internierten direkt wenden können?
- 5) Warum können gewisse Leute in englischer Begleitung in englischen Autos ihre Verwandte[n] besuchen und sich verproviantieren, während die große Masse alle 14 Tage 25 Worte an ihre Angehörigen schreiben darf? (Diese 25-Worte-Karten gehen von Neuengamme nach Hamburg, 35 km, ca. 3 Wochen, 6 Wochen hin und zurück.)
- 6) Warum – wenn man den deutschen Militarismus ausrotten will – verlangt man von den Internierten militärische Disziplin? Warum verlangen die englischen Provoste, dass man die Hacken zusammennimmt beim Zählappell, dass man in Uniform antritt? Warum solche kollektiven Strafmethode[n] wie Strafappelle, Postentzug, weil einer (!) im Lager eine dumme Äußerung in einem Schreiben nach außen machte? ■

Anfang Dezember 2004 von Josef Bergmann identifiziert als von ihm verfasst auf Aufforderung von Heinz Kundel, Bremen. Fundstelle des Originals: Nachlass Heinz Kundel, Archiv der KPD-O und Gruppe Arbeiterpolitik in der Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH), Hamburg

Ein Leben, von der Befreiung durch die Rote Armee geprägt

Gustav Hertzfeldt wurde am 4. Juni 1928 als uneheliches Kind einer kleinen Angestellten in Berlin geboren. Nur wenige Jahre später breiteten sich die braunen Schatten der Tyrannei und Barbarei über Deutschland aus – und sie legten sich auch schwer auf Gustavs Kindheit und Jugend. Da sein Vater Jude war, wurde er von den Nazis zum Juden erklärt. Gustav musste als Kind das grausame Leben eines so genannten Geltungsjuden, eines »Sterntägers« durchleben. Es bestand aus Polizeigefängnis, Gestapo-Durchgangslager, Zwangsarbeit als Halbwüchsiger und mit 14 Jahren Illegalität. Gustav war einer der wenigen Juden, die in Berlin die Naziherrschaft überlebten. Als Illegaler musste er, um nicht gefasst zu werden, Luftschutzkeller meiden. Allein in seiner Wohnung war Gustav, noch ein Jugendlicher, den schweren Bombenangriffen auf Berlin ausgesetzt – ohne Schutz und Beistand. Alle diese schlimmen Erfahrungen prägten sein ganzes Leben. Sie machten ihn stark, sensibel für seine Mitmenschen, aber zugleich auch verletzlich.

Vor drohendem Abtransport ins Vernichtungslager hatten ihn Kinder von Kommunisten gewarnt, und es waren auch Familien von Kommunisten, die ihn unter Gefahr für ihr eigenes Leben vor den Nazischergen versteckten. Schließlich waren es wiederum Kommunisten in der Uniform der Sowjetarmee, die Gustav ganz persönlich befreiten.

Demonstrativ hatte er sich am 2. Mai auf dem Teutoburger Platz auf eine Bank mit der Aufschrift »Für Juden verboten!« gesetzt – und in der Berliner Lottumstraße, wo Anfang Mai 1945 ein Meer weißer Fahnen aus den Fenstern der Häuser wallte, war es Gustav, der selbstbewusst, stolz und glücklich die einzige rote Fahne hinaus hängte. Rotarmisten gaben ihm Nahrung und Kleidung. Sie glaubten nicht, dass er Deutscher sei: »Du lachen, wenn uns sehen, Deutsche nur Angst!« sagten sie liebevoll-erstaunt in gebrochenem Deutsch zu ihm.

Diese kurzen Momente der Geborgenheit, vor allem aber seine bitteren Erlebnisse von Erniedrigung, Ausbeutung und Verfolgung waren es, die Gustav zum Kommunisten machten. Für ihn war Kommunismus zunächst einmal Bekenntnis zum Leben, erst später dann Weltanschauung. Daraus erwuchs für ein Leben lang sein sehr persönliches Einstehen für Frieden. Frieden war für ihn ein Zustand, der immer wieder erkämpft werden muss. Das war Gustavs Lebensinhalt. Das war der Sinn seiner späteren Arbeit als Diplomat oder Journalist. Niemals sollten seine Kinder, Enkel und Urenkel seine bitteren Erfahrungen machen müssen.

1945, noch nicht 17 Jahre alt, wurde Gustav Mitglied der Kommunistischen Partei. Er war Gründungsmitglied der Antifa-Jugend und der FDJ. Er war der jüngste Delegierte auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD.

Gustav arbeitete zunächst auf dem Bau. Hier wurde er von Altnazis beinahe vom Gerüst gestürzt. Schließlich fragte ihn die Partei, wie das in jener Zeit so üblich war, was er wohl gerne lernen würde. Journalist, lautete prompt seine Antwort. Er erhielt ein Volontariat beim Berliner Rundfunk und wurde Hilfsredakteur bei der Berliner Rundschau.

Dann delegierte ihn seine Partei zum Studium in das Land Lenins, das schon lange nicht mehr Lenins Land war. Doch das erfuhr Gustav erst nach dem XX. Parteitag der

KPdSU. Als ausländischer Hörer stimmte er an der Moskauer Parteihochschule mit für die Beschlüsse dieses denkwürdigen Ereignisses. Man hatte die ausländischen Studenten zur Mitgliederversammlung der KPdSU eingeladen und ihnen Stimmrecht eingeräumt, weil man, wie sich zeigte, zu Recht befürchtete, ohne sie keine Mehrheit zu bekommen. Chruschtschows Geheimrede gab Gustav seinen Kindern zu lesen, als diese in der DDR offiziell noch gar nicht existierte.

Zurück in Berlin wurde Gustav Redakteur der »Einheit«, des theoretischen Organs des ZK der SED. Er spezialisierte sich auf Außenpolitik – und das sollte seinen weiteren Lebensweg bestimmen. Mit 34 Jahren wurde er Generalkonsul der DDR in Indonesien – eine Botschaft blieb der DDR in jenen Jahren noch wegen der Hallstein-Doktrin versagt. Während dieser Zeit erwarb sich Gustav durch seine Arbeit Respekt und Anerkennung sowohl im Gastland wie auch zu Hause. Vor allem bestachen sein analytischer Verstand, sein Wissen über internationale Zusammenhänge sowie über die Probleme des Gastlandes. Seine dabei erworbenen Verdienste um die Anerkennung seines Heimatlandes waren es, weshalb er schließlich zum Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR berufen wurde.

Dann entsandte ihn Walter Ulbricht 1969 als Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter mit einem schwierigen Auftrag in die Volksrepublik China. Er sollte alles tun, um die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, die aufgrund der in China tobenden Kulturrevolution und wegen des sowjetisch-chinesischen Konflikts faktisch auf Eis lagen, wieder aufzutauen – eine Aufgabe, die in jener Zeit wie die Quadratur des Kreises anmutete. Gustav war innerlich zutiefst darüber zerrissen, dass es zwischen der Sowjetunion und China 1969 zum Grenzkrieg gekommen war und es kaum Anzeichen für eine rasche Beilegung des Bruderstreits gab. Alles sträubte sich in ihm, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass Krieg nicht einmal zwischen sozialistischen Staaten ausgeschlossen war. [...]

Nach seiner Zeit in China wurde Gustav Chefredakteur der »Deutschen Außenpolitik«, des offiziellen Organs des DDR-Außenministeriums. Als bald machte er aus diesem mittlerweile in die Jahre gekommenen Amtsblatt eine honorige und zunehmend auch im Ausland beachtete Zeitschrift, die sich mit aktuellen Beiträgen ins internationale Geschehen einmischte. Umso bitterer war für ihn ihr plötzliches und unerwartetes Ende [1983]. Gustav erfuhr es aus dem »Neuen Deutschland« – und ich war wohl einer der ersten, mit denen er darüber offen sprach, als wir eigentlich gemeinsam einen neuen Artikel ins Visier nehmen wollten. »Papiernapfheit« lautete die offizielle Begründung, obwohl die Zeitschrift mehr Devisen einbrachte als das Papier auf dem Weltmarkt kostete. In Wirklichkeit hatte hinter verschlossenen Türen im SED-Politbüro die Agitation über die Fachkompetenz gesiegt. [...]

Die Zeit der Einverleibung der DDR, des Untergangs seiner Heimat erlebte Gustav als Rentner. Er engagierte sich weiter – in der Kommunistischen Plattform der PDS sowie in der VVN und in der Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde. Er schrieb Artikel und Leserbriefe und ver-

suchte in vielen Gesprächen Menschen zum Nachdenken anzuregen – mit scharfem Verstand, mit Witz und oft mit seiner angenehmen Berliner Schnodderigkeit. Typisch für Gustav war ein Leserbrief im »ND«, in dem er am Tage der Ausdehnung des Nordatlantikpakts auf das Territorium der DDR ganz persönlich der Öffentlichkeit seinen »Austritt« aus der NATO mitteilte.

Lange hatte Gustav um seine Rente gekämpft. Er wollte immer vor seiner Frau Miriam sterben, die ihn trotz eigener

schwerer Krankheit aufopferungsvoll pflegte. Als es dann aber anders kam, sagte er: »Es ist wohl besser so. Wie hätte sie von ihrer Rente leben sollen?« Treffender hätte er seinen Unwillen über die heutigen gesellschaftlichen Zustände nicht äußern können. Folgerichtig handelte sein letztes ausführliches Gespräch mit einem seiner Söhne von der Sorge um den desolaten Zustand der kommunistischen Bewegung. Dieses Thema war ihm wichtiger als sein eigener desolater körperlicher Zustand. [...]

B.K., 7.4.2005 ■

LESERBRIEF

Zum Artikel in »Arbeiterpolitik« Nr. 3/2005, April, S. 18:

Weltmarkt und Arbeiterklasse in China, Folge 1

schrieb uns ein Leser, der lange Jahre als Diplomat in China tätig war, folgenden Brief:

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe den Artikel mit Interesse gelesen und einiges darin gefunden, was ich bisher so nicht gelesen hatte – vor allem Einzelheiten zur sozialen Lage der chinesischen Werktätigen. Man sieht, da ist einer am Werk gewesen, der es sich mit der komplizierten Problematik nicht leicht gemacht hat. Ich habe leider nicht die Zeit, mich ausführlich mit dem Artikel auseinanderzusetzen, was er eigentlich verdiente. Aber einige allgemeine Bemerkungen will ich doch machen.

Ich kenne den Autor nicht, aber seine Optik scheint mir die eines westeuropäischen Linken zu sein, der es gewohnt ist, sich mit dem europäischen Kapitalismus auseinanderzusetzen. Genauso geht er an die chinesische Realität heran. Meine Optik ist anders: Ich sehe, wo China herkommt, ich habe es (zusammen mit Gustav Hertzfeldt) seit 40 Jahren in seiner sich wandelnden Gestalt erlebt. Ich kenne die Konzeptionen der KP Chinas, die bis heute beileibe nicht darauf hinauslaufen, in China den Kapitalismus zu restaurieren. Zwar werden nach den Vorstellungen der Partei Konzepte der Marktwirtschaft breit genutzt, um die Entwicklung des Landes voranzutreiben – und das mit großem Erfolg für alle Bevölkerungsschichten –, aber herauskommen soll eine moderne, entwickelte Gesellschaft mit gemischtem Eigentum und größerer sozialer Gerechtigkeit als im entwickelten Kapitalismus.

Ein zweiter Aspekt ist die Tatsache, dass China noch vor wenigen Jahren ein Entwicklungsland war und dieses Stadium jetzt erst beginnt, hinter sich zu lassen. Wachstum ist nicht gleich Wachstum - China hatte und hat in vielen Bereichen enormen Nachholebedarf. Man kann die Tendenzen hier also auch nicht einfach so werten wie im entwickelten Kapitalismus.

Natürlich hat sich inzwischen einiges verselbständigt, treten völlig neue Probleme auf. Seit China so voranstürmt, gibt es in der bürgerlichen Ökonomie zwei Schulen – die optimistische, die den enormen Wachstumsmarkt mit seinen Potenzen in den Vordergrund stellt, und die pessimistische, die seit Jahren von faulen Krediten, Bubble-Economy und Krisen redet und den Zusammenbruch der chinesischen Wirtschaft prophezeit. Auch hier – die pure Kapitalismus-Optik. So einfach ist es aber nicht.



Der chinesische Weg steckt aus meiner Sicht voller Chancen und Risiken. Sie haben sich – übrigens seit 1978, als wir in der SU noch Leonid Iljitsch und die Stagnationsperiode, in der DDR die illusorische Übereinstimmung von Wirtschafts- und Sozialpolitik hatten – zuerst langsam und stetig, dann immer entschlossener vom Stalinschen Sozialismusmodell verabschiedet und auf ihren eigenen Weg begeben. Dabei ist das Lebensniveau für alle Chinesen stark angestiegen, wenn auch zunehmend in unterschiedlichem Maße. Die in dem Artikel beschriebenen Probleme sind alle da, aber sie werden nicht nur im Widerstand gegen Partei und Staat gelöst. Letztere machen nicht nur Zugeständnisse an protestierende Arbeiter. Es ist komplizierter. Die Partei will einen starken Staat und ein besseres Leben für die Menschen. Demokratie und Partizipation werden erst mühsam erlernt. Von allen Seiten.

Vielleicht soviel. Wenn der Artikel fortgesetzt wird, bin ich interessiert. Beste Grüße, E. F., Berlin ■

Teil 1: Gewerkschaftlicher Kampf und politische Perspektiven

Standortpolitik, Co-Management, Mittragen des Abbaus von Löhnen und Arbeitsplätzen, Verzicht auf Widerstand, Unterstützen der sozialdemokratischen Regierungspolitik des Sozialabbaus – alles allgemeine Kennzeichen der Politik der deutschen Gewerkschaften.

Welche Alternativen müssen klassenbewusste Gewerkschafter erwägen, jenseits von verbalem Protest oder dem Herbeiwünschen früherer Zeiten? Den folgenden Beitrag zu den »Möglichkeiten und Grenzen von Gewerkschaftspolitik heute« drucken wir in mehreren Teilen ab. Wir beginnen mit der – ursprünglich als Schlussfolgerung gedachten – Zusammenfassung der politischen Konsequenzen. Sie sind ein Zwischenergebnis unserer bisher zu diesem Thema geführten Diskussion. Unsere Leser sind eingeladen, sich an der Debatte zu beteiligen, ihre Erfahrungen und Schlussfolgerungen mit einzubringen.

Mit dem Rückbau der langjährigen Zugeständnisse leitet das Kapital einen Prozess ein, bei dem es selber letztlich die Zustimmung der Arbeiter zu seiner Herrschaft zerstört. Wenn die Arbeitslosigkeit ständig steigt, die Unternehmensgewinne jedoch auch, passen Propaganda der Bourgeoisie und die Realität des sozialen Abbaus immer weniger zusammen. Ihre ideologische Vorherrschaft wird durch ihr eigenes Wirken nach und nach untergraben. Die Bourgeoisie muss folglich ihre Herrschaft auf andere Weise sichern. So wie für die weltweiten imperialistischen Ansprüche die Bundeswehr umgebaut wird, geht es innenpolitisch um den Ausbau der »inneren Sicherheit«. Hierfür muss die Propaganda mit der Bedrohung durch »weltweite Terrornetze« herhalten.

Den Lohnabhängigen droht eine Endlosspirale nach unten: wachsende Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse, steigende Massenarbeitslosigkeit (eine Zahl von 9 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz wird inzwischen eingestanden) und Leistungskürzung für Arbeitslose, verstärkter Abbau sozialer Standards und steigende Kosten für den Lebensunterhalt, schwindende Aussicht auf einen Arbeitsplatz für die nachwachsende Generation. Zugleich verstärkt die Bourgeoisie ihre Angriffe auf noch existierende, tarifliche und gesetzliche Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten und Gewerkschaften. Der innere Repressionsapparat mit den entsprechenden Gesetzen wird nicht nur ohne Protest forciert, sondern in der Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen. Das Bewusstsein breiter Arbeiterschichten ist geprägt durch die langjährigen Erfahrung, dass Gewerkschaft und Betriebsrat stellvertretend für sie die Probleme lösen und sie gegebenenfalls auch individuelle Lösungen finden können. Das hilft nun nicht weiter. Individuelle Auswege gibt es immer seltener und meist nur auf Kosten anderer. So wird bei vielen die Ellenbogenmentalität noch verstärkt. Die Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage führt nicht von allein zu Klassenbewusstsein und zu solidarischem Handeln der Lohnabhängigen.



Die Unzufriedenheit über die Gewerkschaftspolitik wächst zwar, führt aber in der Regel zu Abwendung und Passivität. Kolleginnen und Kollegen, die selbst aktiv geworden sind, geraten zu ihren Gewerkschaftsinstanzen in Widerspruch; einzelne beginnen die Ursache des gewerkschaftlichen Versagens zu hinterfragen. Alle Niederlagen – vom Metallstreik in Ostdeutschland über die Abschlüsse von DaimlerChrysler bis hin zum Kampf der Opelener in Bochum – zeigen die Schranken einer nur gewerkschaftlichen bzw. tariflichen Herangehensweise: Damit lassen sich die Folgen der Massenarbeitslosigkeit nicht bekämpfen, höchstens in Einzelfällen etwas abmildern und dies mit immer größerem Einsatz und immer geringerem Resultat. Die Gewerkschaftsvorstände versuchen gar nicht erst, die Solidarität über die unmittelbar Betroffenen hinaus zu organisieren. Weder wird die Kraft der gesamten Organisation ins Feld geführt, noch werden die Arbeitslosen und prekär Beschäftigten einbezogen. Der DGB ist lediglich eine Repräsentationsfigur, gemeinsame Absprachen zwischen den Gewerkschaften und entsprechende Aktionen fehlen. Dabei geht es bei den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen nicht um Branchen-, Bereichs-, oder spezielle Berufsprobleme, sondern um Probleme, vor denen die überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen und -losen steht. Die Konflikte haben ihre gemeinsame Ursache in dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln. Aber eben gegen diese entscheidende Ursache ist die Arbeiterklasse machtlos, solange sie die Interessenvertretung den Gewerkschaftsinstanzen überlässt und keinen Weg zur Aufnahme des politischen Kampfes gegen die herrschende Klasse und ihre kapitalistische Wirtschaftsordnung findet. Ohne Aufnahme des politischen Kampfes wird sie

sich den Zwängen dieser Ordnung beugen müssen, auch wenn sie in Einzelfällen dagegen aufbegehrt.

Wie die Gewerkschaften nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers als Bestandteile des kapitalistischen Konkurrenzsystems schrittweise zurückweichen, ja, zurückweichen müssen, in welcher konkreten historischen Form sie dies gegenwärtig tun, wird in Teil 3 dargestellt. Die Art und Weise, wie die Gewerkschaften im Kampf gegen das Kapital Niederlagen erleiden, unterscheidet sich dabei von Land zu Land, je nach den Traditionen der dortigen politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen. Dabei erweisen sich die deutschen Traditionen als besonders nachteilig für den Kampf gegen den Abstieg der Arbeiterklasse: Die im wesentlichen kampfflose Unterwerfung der Weimarer ADGB-Führung unter die Nazis, die Tradition der Deutschen Arbeits-Front (DAF), der von den alliierten Siegermächten kontrollierte Aufbau der Nachkriegsgewerkschaften und schließlich die passive Haltung der überwiegenden Mehrheit der organisierten Arbeiterklasse haben im westlichen Nachkriegsdeutschland Gewerkschaftsorganisationen entstehen lassen, in denen es möglich war, viele Milliarden Euro Mitgliederbeiträge mit der Liquidation der sogenannten Gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (Coop, Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft) zu veruntreuen, ohne dass die dafür Verantwortlichen jemals auch zur Verantwortung gezogen worden wären. Stattdessen wurden sie in Rente geschickt oder auf Posten z. B. bei der Europäischen Kommission befördert.

Gewerkschaften sind die Interessensorgane der Lohnabhängigen auf sozialem und ökonomischem Gebiet. Rein ökonomisch gesehen sind die Unternehmer immer die Stärkeren. Deshalb kann ein in erster Linie gewerkschaftliches Herangehen an die politischen und sozialen Probleme unserer Zeit auf Dauer keine sinnvolle Orientierung für die Arbeiterklasse bieten.

Die durch die wachsende massenhafte Erwerbslosigkeit aufgeworfenen gesellschaftlichen Probleme sind das zentrale Politikum – nicht nur für Deutschland, sondern auch in allen anderen entwickelten kapitalistischen Ländern. Die Erwerbslosigkeit ist nicht nur für bereits erwerbslos Gewordene ein zentrales Problem, sie ist auch ein real empfundenes Problem für Millionen von Menschen, die noch in Erwerbsarbeit stehen, weil sie – vor allem nach Hartz IV – die Furcht vor der Arbeitslosigkeit in sich tragen. Trotz der lobenswerten Bemühungen einzelner lokaler Gewerkschaftsgliederungen haben die Erwerbslosen keinen Platz in den DGB-Gewerkschaften gefunden und es spricht auch nichts dafür, dass sich an dieser negativen Zustandsbeschreibung in absehbarer Zukunft Substantielles ändern wird. Auch die bestehenden Erwerbslosen-Organisationen, ob innerhalb der DGB-Gewerkschaften, an ihren Rändern oder außerhalb von ihnen, sind diesen sozialen und politischen Dimensionen noch in keiner Weise gewachsen. Sie mühen sich redlich ab und leisten gute Arbeit in der Sozialberatung, es gelingt ihnen gelegentlich, über die kapitalistischen Medien einzelne »Skandale« publik zu machen; aber sie sind weit davon entfernt, ein politisches Profil zu gewinnen oder nennenswerte Zahlen von Erwerbslosen zu organisieren.

Die Gewerkschaften verhalten sich sprichwörtlich wie das Schaf, das mit den Wölfen heult in der Hoffnung, nicht gefressen zu werden. Auch wenn sie formal als unabhängige Organisationen existieren, mit ihrem gegenwärtigen Kurs

fungieren sie immer mehr als Sozialabteilung von Unternehmen und Regierung. Um ein wirkungsvoller gesellschaftlicher Faktor zu werden, müssten sie ihren Kurs der Klassenversöhnung aufgeben, d.h. den Versuch die gesellschaftlichen Probleme im Bündnis mit Unternehmertum und Regierung zu lösen. Das ist aber unmöglich ohne in Konfrontation mit der bürgerlichen Ordnung selbst zu geraten. Wir wissen, dass sich eine solche politische Perspektive nicht aus den sozialen und gewerkschaftlichen Konflikten und Kämpfen spontan bzw. von selbst ergibt. Durch diese Kämpfe entwickelt sich allerdings erst eine Aufnahmebereitschaft für eine politische Perspektive über die Grenzen dieser Gesellschaft hinaus. Aus dem bürokratischen, verselbstständigten Apparat der Gewerkschaften kann sich eine solche Zielsetzung schon gar nicht herausbilden. Auch den sozialen Initiativen, die sich um einen Konfliktpunkt organisieren, sind hier Schranken gesetzt.

So bleibt den Menschen, die vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse ausgehen, die Aufgabe, die den einzelnen Konflikten und Auseinandersetzungen zugrunde liegenden gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse politisch Ausdruck zu verleihen und zu versuchen daraus Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Arbeit zu ziehen. Diese Arbeit muss allerdings über die Ausrichtung auf reine Tarifpolitik und deren organisatorische Beschränkungen hinausgehen.

Eine wachsende Schicht der Arbeiterklasse – sowohl Erwerbslose als auch Beschäftigte – erkennt, dass sie von keiner der in den Parlamenten vertretenen Parteien mehr vertreten wird, wie dies eine seit Jahren wachsende Zahl von Nichtwählern zum Ausdruck bringt. Diese Menschen haben in negativer Hinsicht ihre Haltung zu den politischen Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaftsordnung bestimmt, aber zur gesellschaftlichen Kraft können sie erst werden, wenn sie ein positives Wollen, ein gemeinsames Ziel vereint. In politischer Hinsicht sind die mit der Erwerbslosigkeit verbundenen Fragen auf absehbare Zeit diejenigen, an denen sich ein spezifisches politisches Wollen der Arbeiterklasse, ein politisches Klassenbewusstsein, entwickeln muss. Das heißt selbstverständlich nicht, dass andere aktuelle Probleme wie z. B. internationale Konflikte, Kriege, Umweltprobleme, etc., ignoriert werden dürfen. Aber die Frage der Erwerbslosigkeit und des Umgangs mit den Erwerbslosen bleibt zentral.

Um zu einer wahrnehmbaren, wirksamen Kraft zu werden, müssen erhebliche Teile der Arbeiterklasse in Deutschland »politische Partei« werden, d.h. ihren Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft erkennen und eigene gesellschaftliche Ziele formulieren. Das ist ohne politisches und organisiertes Eingreifen marxistischer Kräfte nicht möglich.

Der Zerfall des sozialistischen Lagers hat nicht nur die gesellschaftliche Landschaft, die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen tief greifend verändert; er hat auch neue Voraussetzungen für die Herausbildung politischer Organisationen in der Arbeiterklasse geschaffen. Der Machtgewinn des bürgerlichen Lagers wird die bereits vorhandenen, ebenso wie die künftig entstehenden Elemente von Klassenpolitik der Lohnabhängigen dazu zwingen, Wege der organisierten politischen Zusammenarbeit zu suchen, um überhaupt auf der politischen Bühne auftreten zu können. Denn genauso desolat wie um die Gewerkschaften und deren Linke steht es um die verbliebenen sozialistischen und kommuni-

stischen Gruppierungen. Das konkrete Wie dieser Zusammenarbeit kann sich am Widerstand gegen die politischen und ökonomischen Angriffe auf die Lohnabhängigen herausbilden. Die Zersplitterung lässt sich organisatorisch, durch die Gründung neuer Parteien nicht überwinden, sie kann erst am Ende eines politischen Klärungsprozesses stehen.

Seit geraumer Zeit besteht unsere Praxis als Gruppe im wesentlichen darin, auf lokaler Ebene Bündnisse anzuregen bzw. darin mitzuwirken, die sich mit aktuellen politischen und sozialen Fragen befassen; so zuletzt zum Irak-Krieg, zur

Agenda 2010, zu unterschiedlichen gewerkschaftlichen Fragen und insbesondere zu Hartz IV. Diese Praxis empfinden wir als unzureichend. Sie ist der Dimension der Probleme, vor denen die Arbeiterklasse in Deutschland steht, nicht angemessen. Aber erst eine breitere Aktionsbereitschaft der Erwerbstätigen wie der Erwerbslosen kann die Handlungsmöglichkeiten von Sozialisten und Kommunisten hierzulande erweitern. Die können wir nicht herbeireden oder herbeischreiben; sie kann nur aus den konkreten sozialen Bedingungen selbst erwachsen. ■

■ »GLOBALISIERUNG« DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE:

Teil 2: **Veränderte Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften**

Wir erleben heute einen umfassenden Angriff auf die Löhne der Beschäftigten bei gleichzeitigen riesigen Gewinnen der Unternehmen. Staatlich flankiert wird dieser Angriff, (der in allen Beschäftigungsbereichen durchgeführt wird und weiter anhält) durch die Politik der Bundesregierung die sich auch in der Gesetzgebung niederschlägt. Besonders mit der Drohung, die Produktion in Billiglohnländer zu verlegen, haben die Unternehmer ihre Forderungen durchgesetzt.

Die Drohungen, Produktion und Dienstleistungen in Billiglohnländer zu verlegen, halten an. Lange Zeit wurde nur die Verlagerung von arbeitsintensiven Produktionsbereichen wie dem Schiffbau, der Textil- und Elektronikindustrie wahrgenommen. Die Gewerkschaftsvorstände predigten uns jahrelang Lohnkosten machten z. B. im Maschinenbau nur einen geringen Anteil an den Produktionskosten aus und seien deshalb kein Grund für Produktionsverlagerungen; Ausbildung der Facharbeiter, die gute Infrastruktur und die Sozialpartnerschaft seien für Deutschland entscheidende Standortfaktoren. Heute werden in der Branche der Informationstechnologie die meisten Arbeitsplätze ausgelagert. Diese Drohungen sind also nicht nur Bluff.

Der Herstellung eines einheitlichen Weltmarktes hatte die Existenz des sozialistischen Lagers politische und gesellschaftliche Grenzen gesetzt, die 1990 vom Kapital überwunden werden konnten. Mit dem Sieg über das sozialistische Lager kann das Kapital weltweit agieren, diplomatisch, politisch und militärisch begleitet und abgesichert. Das drückt sich in politischen Angriffen aus: Die ökonomisch abhängigen Staaten sollen sich in ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vollständig den vom Imperialismus diktierten Vorgaben beugen: Freihandel, Privatisierung, Abbau staatlicher Sozialleistungen und die Öffnung für ausländische Investitionen sollen überall durchgesetzt werden. Die Staaten sollen auf ihre Souveränität verzichten.

Der Prozess der »Globalisierung« ist von daher zugleich ein Prozess zunehmender militärischer Interventionen der imperialistischen Mächte. Wo aus den inneren Bedingungen und Kräfteverhältnissen der Klassen der diplomatische und ökonomische Druck nicht den gewünschten Erfolg bringt, setzt der Imperialismus auf seine militärische Stärke. Die

Europäische Union profiliert sich dabei zunehmend gegenüber den USA.

Stetige Produktionsverlagerung ins Ausland

War für den Kapitalismus der freien Konkurrenz der Export von Waren typisch, so für den Imperialismus der Export von Kapital. Gegenwärtig erleben wir verstärkt, wie die Weiterentwicklung der Produktivkräfte durch die neuen Technologien das Kapital über den bisherigen engen Rahmen hinausdrängen und nach neuen Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten suchen lässt.¹⁾

Die Konkurrenz der Unternehmen ist übergegangen in einen gnadenlosen weltweiten Konkurrenzkampf, der den Fusionsdruck erheblich erhöht. Die Expansion eines Unternehmens, neue Märkte erobern, sind also fast nur noch auf Kosten der Verdrängung oder Vereinnahmung von Konkurrenten möglich. Auch die Erwartung der Anteilseigner auf schnelle, hoher Gewinne lässt sich offenbar auf diese Weise eher erfüllen als durch kostenintensive Investitionen in eigene Forschung. Im weltweiten Konkurrenzkampf werden Kapazitäten ausgebaut²⁾, werden Konkurrenten weltweit aufgekauft, und dafür können die Gewinne – bei Strafe des Untergangs – nicht groß genug sein. Hinter den agierenden Konzernen stehen die großen Banken, die die Konzentration des Kapitals steuern.³⁾ Auch die Banken selber stehen unter diesem Druck: Die Deutsche Bank kappt weltweit Tausende von Stellen, um ihren Börsenwert über eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent zu steigern. Damit sollen die Eigenständigkeit gestärkt und die Übernahme anderer Banken erleichtert werden. Alles Gejammer der Politiker über das Vorgehen der Manager soll nur ablenken von den Gesetzmäßigkeiten im Kapitalismus.⁴⁾

Wird auch mehr Geld im Luxus verprasst, ein großer Teil der Rekordgewinne geht ins Ausland: Viele Konzerne haben

2) Internationale Konzerne und ihre Partner wollen für Ausbauminvestitionen bis 2007 mehr als 20 Mrd. Euro ausgeben. Damit könnten sie ihre Produktionskapazitäten auf elf bis zwölf Millionen Fahrzeuge erhöhen, davon entfallen zwei Drittel auf Pkw. Die Nachfrage wird 2007 aber nur auf sieben Millionen Fahrzeugen eingeschätzt.

3) Kapitalkonzentrationen in den USA Dezember 2004: Johnson & Johnson, einer der weltweit größten Anbieter von Pharmazeutika und Krankenpflegeprodukten, kauft den Herzschrittmacher-Hersteller Guidant. Johnson & Johnson bietet dafür 25 Milliarden Dollar an. Das ist die größte

1) Nano-, Bio- und Gentechnologie sind noch in der Entwicklung

in den vergangenen Jahren in Osteuropa oder Asien Produktionsstätten aufgebaut oder aufgekauft. Nach einer Studie der Deutschen Bank machen die 30 größten börsennotierten Unternehmen inzwischen gut zwei Drittel ihres Geschäfts jenseits der Grenzen. »Dort fallen die Profite an und dort modernisieren sie ihre Anlagen«, sagt Thomas Mayer von der Deutschen Bank. In Deutschland dagegen werden Arbeitsplätze abgebaut. (Die 30 größten börsennotierten Unternehmen beschäftigen weltweit 3,6 Millionen Menschen, davon ca. die Hälfte im Inland. Siemens reduzierte im letzten Geschäftsjahr die Stellen im Inland um 6 000 auf 164 000, legte im Ausland aber um 19 000 zu.) Der deutsche Kapital-export liegt auf Rekordniveau. Jedes fünfte Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten hat in den vergangenen Jahren Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Ihre Zentrale behalten die internationalen Konzerne in den Heimatländern. Da die kapitalistischen Zentren die größten Verbraucher sind, sieht sich ausländisches Kapital gezwungen auch z.B. in Deutschland zu produzieren und investieren.

Der Markt im Osten

Noch schärfer wäre der jetzige Konkurrenzkampf, würden sich nicht die ehemals sozialistischen Länder als riesige neue Absatzmärkte wie auch als Ziel des Kapitalexports anbieten. Denn der ehemalige realsozialistische Block umfasste 1/3 der Erdbevölkerung, zu dem China mit mehr als einer Milliarde Menschen gehört. Im ehemals agrarischen Osteuropas hatte der Realsozialismus nach dem 2. Weltkrieg einen hohen Bildungsstand, qualifizierte Facharbeiter und eine Infrastruktur geschaffen. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen in Osteuropa waren Industrie und Landwirtschaft dieser Länder gegenüber dem Westen nicht konkurrenzfähig. Die osteuropäischen Länder bieten dem Kapital zudem geringe Unternehmenssteuern, geringe Lohnkosten, lange Arbeitszeiten, weniger strenge Auflagen für bestimmte Felder wie Atomenergie, Gentechnik oder Stammzellenforschung. Alle diese Voraussetzungen werden heute vom Kapital genutzt. Die Kapazitäten, die dort aufgebaut werden, sorgen jedoch für eine weitere Verschärfung des Konkurrenzkampfes in der Zukunft.

Weltweit kann heute in vielen Bereichen die gleiche Technologie angewandt werden. Und die gleiche Technologie ist für die Unternehmer rentabler in Ländern mit niedrigeren Lohnkosten, längeren Maschinenlaufzeiten, geringen Umweltauflagen, ohne Steuern und geringem Arbeitsschutz. Sind unabhängige Gewerkschaften nicht vorhanden, so ist

Fusion von zwei Unternehmen der Medizintechnik. Symantec, die Sicherheits-Software herstellt, übernimmt für 13,5 Milliarden Dollar den Wettbewerber Veritas. Der SAP-Konkurrent Oracle hat das Softwarehaus Peoplesoft übernommen. Bei diesem Geschäft fließen mehr als zehn Milliarden Dollar in bar, 5000 Stellen sollen nun wegfallen.

Die beiden Mobilfunkkonzerne Sprint und Nextel haben ihren Zusammenschluss vereinbart. Der Wert des Pakts: mehr als 35 Milliarden Dollar. Die Wettbewerber AT&T Wireless und Cingular haben sich ebenfalls zusammengetan. 2005: SBC Communications übernimmt seinen Wettbewerber AT&T Corp. für 16 Milliarden Dollar.

Henkel konnte durch den größten Zukauf der Firmengeschichte (des US-Konkurrenten Dial) beim Umsatz die Marke von zehn Mrd. Euro knacken. Zudem hat Henkel den kalifornischen Haarpflegespezialisten Advanced Research Laboratories (ARL) übernommen.

4) Die Politiker, die mit Hartz IV nichts anderes getan haben, als die Marktmacht der Manager zu erhöhen, indem sie die Angst der Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit vergrößern, äußern sich kritisch zur Moral von Managern.

EU-Weltmachtstreben

Mit der Lissabon-Strategie verständigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahre 2000 auf das gemeinsame Ziel, Europa bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu gestalten - eine deutliche Kampfansage an die USA, deren globale Hegemonie in Frage gestellt werden soll. Auch wenn das Ziel bis 2010 nicht erreicht wird: Wie weit diese strategische Zielsetzung zu interpretieren ist, zeigen die Überlegungen des Direktors des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP), Professor Werner Weidenfeld. Als Lenker des CAP und führendem Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) gilt Weidenfeld als einer der einflussreichsten Politikberater Deutschlands: »Die Bevölkerung der EU wird von heute 371 Millionen (mit der Osterweiterung 2004) auf 539 Millionen anwachsen; etwa doppelt so viel wie die der USA. Ihre Fläche beträgt 5.097.000 Quadratkilometer, etwas mehr als die Hälfte der USA. Das Bruttosozialprodukt liegt um rund 15 Prozent höher als das der USA. Dieses Potenzial könnte also den Status einer Weltmacht definieren«, so der Professor. China, Russland und Indien verfügten zwar ebenfalls über große Potenziale, wären aber mit gravierenden Schwächen konfrontiert. »Im Vergleich zu diesen Akteuren kommt das Potenzial der Europäischen Union dem der Weltmacht USA am nächsten - ja es ist ihm in weiten Teilen sogar überlegen. Nicht erst seit 1989 ist das integrierte Europa eine Weltmacht im Werden. (...) Sie ist Magnet und treibende Kraft in der weltpolitisch bedeutsamen Neuordnung der sowjetischen Hinterlassenschaft; die Agenda der Nachbarschaftspolitik der EU umfasst Herausforderungen und Akteure von weltpolitischer Brisanz.«. ■

das für die Konzerne ein weiterer Standortvorteil. Nicht in allen Branchen reichen diese Vorzüge ausländischer Standorte aus: Die im Maschinen- und Fahrzeugbau seit Jahrzehnten gewachsene, enge Verzahnung von Prozess-, Produktentwicklung und Fertigung ist nach Angaben einer Studie von Mc Kinsey noch einer der zentralen Standortvorteile Deutschlands. Dagegen büßen andere Stärken wie der attraktive Heimatmarkt oder die Qualität der Beschäftigten an Bedeutung ein.

Kombination günstigster Bedingungen

Waren es in der Anfangsphase des Imperialismus die Eisenbahn und Dampfschiffe, mit der Rohstoffquellen, Produzenten und Märkte miteinander verbunden wurden, so sind es heute die neuen Kommunikationstechnologien und moderne Transportmittel. **Sie erlauben den multinationalen Konzernen heute weltweit die billigsten Arbeitskräfte, die besten Absatzmärkte und die günstigsten politischen Bedingungen zu kombinieren.** Wenn VW in Abu Dhabi Lastkraftwagen mit Teilen aus der brasilianischen VW-Produktion montieren lässt, spielen dabei der niedrige Energiepreis vor Ort z.B. für Aluminium sowie die niedrigen Löhne für Arbeiter aus Südasien eine Rolle. Und die Propagandisten des Kapitals sehen durchaus »positive Folgen für deutsche Beschäftigte, weil bei uns neue Führungsfunktionen entstehen«. Für die Stahlindustrie beschreibt Arcelorchef Guy



Europäische Aktionstage, April 2004 in Berlin

Dollé die Globalisierung so: »Wir haben global tätige Unternehmen mit europäischen Wurzeln nötig.«...»Unsere Zukunft liegt in Ländern, wo ein Wirtschaftswachstum stattfindet.« wie ... »in Brasilien, Russland, Indien, China und Osteuropa.« ... »Momentan ist jedoch unser erstes Ziel, in Brasilien heimisch zu werden.« (Für den Konzern ist es günstiger, Hochöfen dort in Betrieb zu nehmen, wo das Erz gewonnen wird.) ... Ein weiteres Wachstum wird über »Zusammenschlüsse und Austausch von Aktien geregelt werden.« ... »Wenn Europa seinen Unternehmen verbietet, dass sie fusionieren, bleiben sie schwach, können sich auf dem Weltmarkt nicht behaupten und werden geschluckt.« (Arcelor FCS Commercial Magazin, April 2004)

Vorschreiten der Vergesellschaftung der Produktion

Wir können von einer Weiterentwicklung der kapitalistischen Arbeitsteilung in der Welt und von einer Herausbildung eines internationalen Arbeitsmarktes sprechen. **Globalisierung der kapitalistischen Produktion heißt also nicht einfach Exodus des Kapitals in Niedriglohnländer, sondern heißt vor allem Zunahme der weltweiten Durchdringung, Verflechtung wirtschaftlicher Vorgänge, Zunahme der internationalen Arbeitsteilung. Die Vergesellschaftung der Produktion wird im Weltmaßstab vorangetrieben.** Im Zuge der Globalisierung fällt der Wertanteil der Industrieproduktion, der im Inland erzeugt wird, weil immer mehr ins Ausland verlagert wird. Ein deutsches Exportgut ist also heute nicht mehr so »deutsch« wie es noch vor 20 – 30 Jahren war.⁵⁾

In diesem Prozess wird die Bevölkerung weiterer Länder in den kapitalistischen Produktionsprozess einbezogen, d.h. in die Ausbeutung durch die kapitalistische Produktionsweise. Dabei setzt sich eine globale Entwertung der Arbeitskraft durch. Bereits Marx hat auf den Zusammenhang von »Globalisierung« und Lohnsenkung hingewiesen: »Dieses Gesetz der Ware Arbeit, des Lohnminimums, bewahrheitet sich in dem Maße, wie ... der Freihandel eine Wahrheit, eine Tatsache wird.« Und »dass die Arbeiter unter diesem Frei-

handel von der ganzen Härte der ökonomischen Gesetze getroffen werden.« (Marx, Rede über die Frage des Freihandels, 1848 MEW, Band 3, S.455)

Die weltweite Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise bringt damit objektiv auch die Voraussetzungen für einen weltweiten Klassenkampf hervor, bei dem am Anfang zweifellos das Kapital auf der Gewinnerseite steht und die Lohnabhängigen auf der Verliererseite. Der Abbau der sozialen Standards wird zunehmen. Die Zahl der geringfügigen Arbeitsverhältnisse, die Massenarbeitslosigkeit und weltweites massenhaftes Elend werden weiter wachsen, ebenso die Umweltprobleme durch die Ausbeutung der Natur.

Die Multis

Die multinationalen Konzerne und mit ihnen die Banken sind als bestimmende Kräfte im Kapitalismus die treibende Kraft der Globalisierung.⁶⁾ Mehr als ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung wird von den 200 größten multinationalen Konzernen erzeugt. Ihre Herkunftsländer sind 9 der wirtschaftlich stärksten Industrieländer, in denen nur 10 Prozent der Weltbevölkerung lebt.⁷⁾ Diese multinationalen Konzerne bestimmen den Welthandel; sie entscheiden über Investitionen, nicht die Regierungen; sie beherrschen Forschung und

8) Ein Call Center kann von fast jedem Punkt der Erde aus arbeiten. Steuererklärungen werden im Ausland bearbeitet. Krankenhäuser lassen Röntgenaufnahmen über Nacht von Radiologen in Indien begutachten. Der Halbleiterkonzern Infineon hat seine komplette Buchhaltung nach Portugal verlagert. Der Siemens-Konzern zieht mit seiner Buchhaltung gegenwärtig Schritt für Schritt nach Prag. Die Siemenstochter Siemens Business Systems verlegt Teile ihrer Buchhaltung noch weiter nach Osten, ins ukrainische Woronesh. Siemens will die Software (SW)-Entwicklung konzernweit (mit ca. 33.000 SW-Entwicklern der größte SW-Hersteller der Welt) verstärkt in Niedriglohnländern ansiedeln. 30 Prozent des Entwicklungsbudgets und 50 Prozent des Entwicklungspersonals sollen nach diesen Planungen künftig auf Niedriglohnstandorte entfallen. Als bevorzugte Ziele gelten Ungarn, Rumänien u.v.a. Indien und China. In diesen Ländern stehen Massen gut ausgebildeter, billiger Arbeitskräfte zur Verfügung. In China verlassen jährlich 70.000, in Indien 120.000 IT-Absolventen die Hochschulen. Allein im indischen Bangalore haben in den letzten drei Jahren 230 internationale Konzerne eine Niederlassung eröffnet. Der Softwarekonzern SAP hat dort inzwischen das größte Entwicklungszentrum außerhalb Deutschlands. Der US-Software-Konzern Oracle beschäftigt 31 Prozent seiner Software-Entwickler in Indien.

Doch ein einmal auserwähltes Land ist oft nur ein vorübergehender Standort. Textilfirmen wandern bereits aus Litauen ab, weil die Löhne angestiegen sind und siedeln sich in der Ukraine an.

9) DaimlerChrysler hatte schon mit der Drohung, seine Konzernzentrale ins Ausland zu verlegen, in Stuttgart Steuerfreiheit erpresst. In Dresden baute AMD eine neue Chipfabrik, weil für die veranschlagte Investitionssumme von 2,4 Mrd Euro vom Staat 1,5 Mrd Euro zugesprochen wurden. Doch AMD sieht in weniger als 10 Jahren die Chance in China zu bauen, denn dort betragen die Löhne nur 1/15 der Löhne in Sachsen.

5) Jeder vierte deutsche Betrieb aus den Kernbranchen des verarbeitenden Gewerbes hat zwischen 2001 und 2003 Arbeitsplätze in andere Länder exportiert - bevorzugt nach Osteuropa. Das belegt die jüngste Studie des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung

6) So manches mittelständische Unternehmen hat schnell wieder aufgeben müssen, weil es z.B. die hohen Verwaltungskosten, lange Anlaufzeiten oder auch unerwartete Flexibilitätseinbußen am vermeintlich günstigeren Standort nicht einkalkuliert hatte. Von heute auf morgen rechnet sich eine Verlagerung ohnehin nicht.

7) Die größten multinationalen Konzerne haben ihren Heimatsitz in 9 der wirtschaftlich stärksten Länder. Hier leben jedoch nur 10% der Weltbevölkerung.

Entwicklung. Die weltweit verteilten Entwicklungs- und Produktionsnetzwerke führen dazu, dass das Kapital die Produktionskosten nicht mehr im nationalen Rahmen berechnet, sondern im Bezug auf die Produktionsbedingungen im weltweiten Zusammenhang. Besonders die Multis können diesen Vorteil zu nutzen. Selbst Unternehmen, die nur für den lokalen Markt herstellen, produzieren unter Weltmarktbedingungen, weil sie im Wettbewerb mit den Multis stehen, die in die letzten Winkel der Erde vorgedrungen sind und technologische Standards, Mode und Produktionskosten bestimmen.⁸

Folgen für die Billiglohnländer

Wie in Deutschland Gemeinde gegen Gemeinde, so spielen die Unternehmen global einen Staat gegen den anderen aus, um billig an Grundstücke zu kommen und keine Steuern bezahlen zu müssen.⁹ Doch die Billiglohnländer brauchen Auslandskredite. Um das Geld für die Infrastruktur der Technologie-Parks aufzubringen, werden dort Subventionen für Lebensmittel und Saatgut, für Öl und Strom gestrichen. Die Wirtschaft dieser Länder muss von der traditionellen, die einheimischen Bedürfnisse deckenden Wirtschaft auf Exportprodukte umstellen, um diese Kredite zu erhalten und die Zinsen bezahlen zu können. **So entstehen hochproduktive Inseln in einem wachsenden Meer des Elends.** In Indien zählen kaum 3 Prozent der Bevölkerung zu den »Globalisierungsgewinnern«. Neben den industriell hoch entwickelten Zentren existieren auch weiterhin Formen der isolierten Kleinwirtschaft und sogar der Subsistenzwirtschaft, in der in den armen Gebieten so mancher als Teil der industriellen Reservearmee sein Überleben sichert.

Siemens erklärte zur Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Ungarn: Dort betrügen die Lohnkosten nur ein Fünftel; der ungarische Staat gewähre für 10 Jahre Steuerfreiheit und die EU subventioniere die Verlagerung der Arbeitsplätze mit einem Drittel der Investitionskosten; – bezahlt mit den Steuergeldern der Arbeiter. Schon Karl Marx kannte dieses Vorgehen der Kapitalisten: *»Es wird... damit verlangt, dass Länder, wo die kapitalistische Produktionsweise nicht entwickelt [ist], in einem Grad konsumieren und produzieren sollen, wie er den Ländern der kapitalistischen Produktionsweise passt.«* (Karl Marx, Das Kapital, Band 3, 1932, S.286)

Die europäische Agenda

So wie der Expansionsdrang des Kapitals weite Teile der Welt überzieht, so zielt er auch in die europäischen Zentren und findet hier seine Unterstützung in den Spitzengremien der EU. Ein Großteil der sozial- und wirtschaftspolitisch relevanten Gesetze findet seinen Ursprung auf Ebene der EU. Brüssel ist fern – die Institutionen und politischen Verfahrensweisen sind wenig bekannt und schwer zu durchschauen, so dass sich die Tragweite vieler Entscheidungen aus Brüssel hinter einer Nebelwand der Nicht- oder Desinformation verbirgt. Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit werden die bestehenden sozialen Sicherungssysteme zerschlagen.

Gleichzeitig wird die militärische Aufrüstung in der EU-Verfassung als Auftrag verankert. Die EU will weltweit eingreifen können, um die Rohstoffzufuhr und die Handelswege zu sichern. Hinter den Bestrebungen, aus der Regionalmacht Europa eine Welt(wirtschafts)macht zu schmieden, stehen neben den führenden Verbänden der deutschen Industrie

Gewerkschaften und Unternehmerverbände in der EU

Dem Pappkameraden Europäischer Gewerkschaftsbund stehen dabei mit der UNICE (Union of Industrial and Employers Confederations of Europe), dem ERT (European Round Table of Industrialists) und dem ESF (European Services Forum) drei höchst potente Unternehmensvertretungen gegenüber. Während die 1958 gegründete UNICE den Dachverband der Industrie- und Arbeitgeberverbände darstellt, ist der ERT ein elitärer Männerclub, dem 46 Vorstandsvorsitzende der größten europäischen Konzerne angehören. Mit acht Vertretern ist die deutsche Industrie am stärksten vertreten. Mit dem erst 1999 auf Initiative des damaligen EU-Handelskommissars gegründeten ESF ist eine Lobbygruppe entstanden, die im Rahmen der WHO europäische Interessen in den Liberalisierungsverhandlungen im Dienstleistungsbereich (Finanzen, Versicherungen, Telekommunikation, Transport etc.) formulieren soll. Hauptadressat der Lobbygruppen ist die Europäische Kommission, in deren Generaldirektionen und angegliederten Diensten rund 20.000 Beschäftigte arbeiten. Hier werden die Richt- und Leitlinien sowie Verordnungen konzipiert, die von den Mitgliedsstaaten in Gesetze gegossen werden. ■

und Arbeitgeber (BDI und BDA), europäische Lobbyorganisationen und Denkfabriken.

So wurden vom Europäischen Rat am 22. Juli 2003 »Die beschäftigungspolitischen Leitlinien« verabschiedet. In Erwägung der ambitionierten Zielstellung – bis 2010 führender Weltwirtschaftsblock zu werden – heißt es dort u.a.: *»Die Mitgliedsstaaten werden allzu restriktive Bestimmungen des Arbeitsrechts, die die Arbeitsmarktdynamik beeinträchtigen und einer Beschäftigung benachteiligter Menschen im Wege stehen, überprüfen und gegebenenfalls reformieren.«* Des Weiteren soll das »aktive Altern« gefördert werden, das heißt nichts anderes als die Lebensarbeitszeit am besten bis ins Grab zu verlängern. Unter Punkt acht ist in den Richtlinien zu lesen: *»Die Mitgliedsstaaten werden ihre finanziellen Anreizmechanismen neu gestalten, um Arbeit attraktiver zu machen und Frauen und Männer zu ermutigen, Arbeit zu suchen, eine Arbeit aufzunehmen und im Arbeitsleben zu verbleiben.«*

Außerdem werden die Mitgliedsstaaten angehalten, *»bei Aufrechterhaltung eines angemessenen Sozialschutzniveaus – die Lohnersatzquoten und die Dauer des Leistungsbezugs zu überprüfen – unter Berücksichtigung der individuellen Situation eine effektive Leistungsverwaltung sicherzustellen, insbesondere bezüglich der Koppelung mit einer effektiven Arbeitssuche, einschließlich des Zugangs zu Aktivierungsmaßnahmen zur Verbesserung der individuellen Vermittelbarkeit.«*

Die Hartz-Gesetze wie die gesamte Programmatik der Schröderschen Agenda 2010 entsprechen somit exakt den Vorgaben der EU, was uns allerdings nicht verwundern darf. Werden doch EU-Leitlinien und Hartz-Gesetze in den gleichen Vorstandsetagen der europäischen und deutschen Konzerne verfasst und von der Industrielobby in den EU-Gremien durchgesetzt. Es ist auch keineswegs ein Zufall, dass Schröders Agenda – recht willkürlich, wie es zunächst scheint – den Zusatz »2010« erhielt. Die Agenda 2010 ist ein EU-Programm der Harmonisierung des europäischen Wirtschaftsraums unter der Kontrolle der Konzerne.

Profitraten, Profitmasse und Konkurrenzkampf

Mit steigender Arbeitsproduktivität, also wachsender Investition in Maschinen und andere Sachanlagen, wächst auch der Anteil dieses konstanten Kapitals im Verhältnis zu den Bruttolöhnen, dem variablen Kapital. Daraus ergibt sich

langfristig eine Tendenz zum Fall der Profitraten, dem Verhältnis des insgesamt eingesetzten Kapitals zu dem abgeschöpften Mehrwert, den Profiten. Entscheidend ist also nicht die absolute Höhe der Gewinne, sondern ihr Verhältnis zum eingesetzten Kapital.

Bruttoprofitraten im Verarbeitenden Gewerbe (Westdeutschland - in jeweiligen Preisen):

Jahr	A Gewinne in Mrd. DM	B Anlage- vermögen	C Löhne/Gehälter	D Industrieproduktion 1985 = 100	E Profitrate A : (B+C)
1971	56	278	147	81,3	13,1
1973	60	330	176	89,9	11,9
1990	111	700	407	117,6	9,9
1991	111	758	435	121,0	9,3

(Daten nach Rainer Roth, Das Kartenhaus, Frankfurt/M, 1999, 26, 208)

Damit einher gehen fallende »Nettoumsatzrenditen«, d.h. auf den Umsatz bezogene Profite. »Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie lagen die Nettoumsatzrenditen der westdeutschen Unternehmen in Produzierendem Gewerbe, Handel und Verkehr bis 1972 noch in der Regel über 3 Prozent. (...) Die Nettoumsatzrenditen vom Ende der 90er Jahre (2 Prozent) liegen unter dem Niveau der Renditen der gesamten 70er Jahre, aber auch noch unter dem Niveau vom Ende der 80er Jahre. Die Nettoumsatzrenditen sind in den letzten drei Jahrzehnten etwa um 30 bis 40 Prozent gefallen.« (Rainer Roth, Nebensache Mensch, Pfm, 2003, 219) Ohne die Senkung der Gewinnsteuern wären die Nettoumsatzrenditen noch erheblich niedriger.

Auch die Veränderung der »Sachkapitalrendite«, das Verhältnis des Profits zum eingesetzten Sachkapital, Anlagen und Gebäude, Maschinen, zeigt einen Fall der Profitraten um ca. 40 Prozent in den letzten dreißig Jahren (ebda).

Um dem Fall der Bruttoprofitraten, also den Gewinnen vor Steuern, entgegenzuwirken, sucht das Kapital nach Auswegen:

- Druck in Richtung niedriger Gewinnsteuern (Spitzensatz der Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Körperschaftsteuer, Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne)

- Angriff auf Löhne und Gehälter
- Angriff auf »Lohnnebenkosten«, also die sozialen Sicherungssysteme
- Abbau von Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen
- Kapitalexport, d.h. Investitionen ins Ausland.

Wenn die Bruttoprofitraten schneller fallen als die Produktion insgesamt wächst, kommt es zu einer Verkleinerung der Profitmasse. Damit verschärft sich der Konkurrenzkampf, die Schlacht um den kleiner werdenden Kuchen. In diesem Konkurrenzkampf gibt es einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb, die großen Unternehmen mit höheren Renditen schlucken ihre kleineren Konkurrenten. Diese Konzentration des Kapitals, Fusionen, freundliche und feindliche Übernahmen verschaffen den siegreichen Unternehmen unter Umständen Rekordgewinne. Die Vernichtung der konkurrierenden Produktionskapazitäten bedeutet aber vielfach Kapitalvernichtung und ändert nichts an dem tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitraten.

Um im internationalen Konkurrenzkampf erfolgreich zu sein, zu schlucken und nicht geschluckt zu werden, ist es also aus Sicht eines Unternehmens sinnvoll, selbst bei hohen Gewinnen Personal abzubauen, das nicht benötigt

Privatisierung und Angriff auf die Löhne

Die Regierungen setzen ihre Politik der Lohn- und Kostensenkung, der Steuerentlastung für Unternehmen und Reiche, des Stabilitätspaktes (auf der EU-Ebene) durch. Je erfolgreicher jedoch diese Politik ist, desto so mehr erlahmt die Nachfrage im Inland, wird das Wirtschaftswachstum gebremst. Um die Verringerung der Profitmasse zu bremsen, reagiert das Kapital mit Lohnabbau, weiterer Rationalisierung und mit der Erhöhung des absoluten Mehrwertes durch unbezahlte Arbeitszeitverlängerung.

Öffentliche Einrichtungen als Profitquelle

So wie das Kapital seinen Interessen weltweit alles unterordnet, wird auch der öffentliche Sektor der einzelnen Staaten diesen Interessen direkt untergeordnet. Die weltweite Überproduktion von Kapital drängt die Kapitalisten nach weiteren Anlagemöglichkeiten zu greifen. Bisher dem Kapital nicht direkt untergeordnete Bereiche, z.B. öffentliche Dienst-

leistungen sollen privatisiert werden; die ersten Schritte sind eingeleitet. Diese Politik läuft darauf hinaus, den öffentlichen Sektor zu liquidieren: die öffentliche Daseinsvorsorge, Wasser-, Gesundheitsversorgung, Bildung, der öffentliche Personennahverkehr. Damit werden auch sowie soziale Absicherungen in diesem Bereich liquidiert. Weltweit sollen diese Ziele durch das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) durchgesetzt werden.

Ziel: Akzeptanz von Niedriglöhnen

Wirtschaftsminister Clement tritt auf als unermüdlicher Streiter für ungezügelter Wettbewerb, besonders wenn es um den Arbeitsmarkt geht. Dann kann es ihm nicht schnell genug gehen mit dem Abbau von Leistungen, die bei ihm »Privilegien« oder »Besitzstände« heißen. Anders ist es, wenn es um staatliche Politik gegenüber dem Kapital geht. Hier setzt die SPD die CDU-Politik fort: 20 Jahre neoliberale Politik mit insgesamt sieben satten Steuersenkungen und



Europäische Aktionstage, April 2004 in Berlin

fortgesetzten Entlastungen. Für die Schröder-Regierung gibt es keine Alternative zu dieser Politik. Die Regierung Kohl hatte den Konflikt mit den Gewerkschaften gescheut. Die SPD bindet die Gewerkschaften in ihre Politik ein und lähmt sie damit. Die SPD nimmt dafür sogar in Kauf, dass ihr nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Wähler massenhaft davonlaufen. Vor der Landtagswahl in NRW sieht sich Müntefering nun gezwungen, einzelne kapitalistische Praktiken anzuprangern. Und siehe, auch Sozialpolitiker der CDU springen auf den Zug, zu groß ist das Unbehagen in der Bevölkerung. Und der CDU-Generalsekretär bescheinigt der SPD sofort: »Diese Regierung ist die kapitalistischste Regierung, die Deutschland je hatte«. Sie ist wahrlich auch mit ihrer Kritik eine solide Stütze der Herrschaft des Kapitals.

Das Kapital hat einen tief greifenden Angriff auf den gesamten sozialen Besitzstand und die Rechte der Lohnabhängigen eingeleitet, dessen Grenze nach unten nicht absehbar ist. Damit soll der Produktionsstandort Deutschland »wettbewerbsfähig« sein, d.h. die Gewinnmargen sollen hier nicht niedriger sein als in anderen Ländern. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter äußerte sich dazu gegenüber der »Magdeburger Volksstimme« (11.02.05): »Wir müssen den Deutschen zumuten, ihr Sozialleistungsniveau abzusenken oder die Bedingungen, an die der Erhalt dieser Leistungen geknüpft sind, zu verschärfen.« ... »Wir können uns ein Wohngeld, wie wir es haben, nicht leisten. Wir können uns Renten auf dem heutigen Niveau nicht leisten. Da hilft langfristig, das Renteneintrittsalter heraufzusetzen. Es muss ehrlich gesagt werden, dass man künftig nicht mit 62, sondern mit 68 Jahren in Rente geht.« ... Die Beschäftigten sollen »intensiv und lange ... arbeiten, damit wir die nächste Neuentwicklung so schnell auf den Markt bringen wie unsere Konkurrenz«. ... Erreicht werden soll, dass der (die) Beschäftigte, »60 Stunden pro Woche arbeitet oder zwei Jahre lang auf den Jahresurlaub verzichtet, weil ein bestimmtes Produkt fertig werden muss.«... »Zugleich müssen wir die Leistungen, die der Staat auslobt, senken. ... Wer Leistungen für Alter, Gesundheit, Kultur und anderes haben will, muss verpflichtet werden, selbst dafür zu sorgen.«

Die Herausbildung eines umfassenden Niedriglohnsektors ist nur ein Bestandteil dieser Politik. Erreicht werden soll die Akzeptanz von niedrigeren Löhnen. Mit Hartz IV sollen Arbeitslose gezwungen werden, auch Jobs mit geringem

Lohn anzunehmen. Regelarbeitsplätze werden abgebaut und durch prekäre Arbeitsverhältnisse wie Mini-Jobs und jetzt vermehrt durch 1-Euro-Jobs für Langzeiterwerbslose ersetzt. Damit wird generell auf die Löhne gedrückt. Allein im Land Bremen ging die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse binnen eines Jahres um knapp 8000 zurück, während gleichzeitig die Zahl derjenigen, die keine andere Erwerbstätigkeit haben als den einen 400-Euro-Job, um 5660 gestiegen ist. Die Zahl der Menschen, die von ihrem Lohn nicht mehr leben können, nimmt zu. Schon jetzt besteht diese Tendenz vor allem bei alleinerziehenden Frauen, die im Handel, der Gastronomie oder auch dem Gebäudereinigerhandwerk die Mehrheit der Minijobber ausmachen. Sie werden künftig noch stärker unter Altersarmut zu leiden haben als heute. Im Leben der Menschen tritt eine Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche ein.

Die EU ringt um eine Dienstleistungsrichtlinie. Sie soll spätestens ab 2011 gelten. Den Betrieben aus den neuen Mitgliedstaaten wurde gestattet schon jetzt deutschen Unternehmen Dienstleistungen zu den Bedingungen der Heimatländer anbieten. Das wurde seit Inkrafttreten der Erweiterungsverträge im Mai 2004 eifrig genutzt. Die Folgen zeigen sich vor allem in der Fleischindustrie: Tausende Fleischarbeiter an Standorten in Deutschland wurden bereits durch osteuropäische Billiglöhner ersetzt. Dänische Schlachter streiken vergeblich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

Es ist klar, dass auf diesem Wege die Tarifverträge, die gesetzlichen Vorgaben und Sicherheitsnormen ausgehebelt werden und ein Mechanismus wilder Konkurrenz zwischen Unternehmen und Werktätigen geschaffen wird, der zum Abbau der sozialen Rechte in allen Ländern Europas führt.

Marx sagte schon 1848, »dass die Konkurrenz den Preis jeder Ware auf das Minimum ihrer Produktionskosten reduziert. Somit ist das Lohnminimum der natürliche Preis der Arbeit. Und was ist das Lohnminimum? Genau das, was nötig ist, um die zum Unterhalt des Arbeiters unerlässlichen Gegenstände zu produzieren, um ihn in den Stand zu setzen, sich durchzuschlagen und seine Klasse soviel wie nötig fortzupflanzen.« (Marx, Rede über die Frage des Freihandels). ■

**Teil 3 folgt in der nächsten Ausgabe.
Thema: Die Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozeß**

Harte Zeiten bei den modernen »Dienstleistern«

Auch in früheren Zeiten der »sozialpartnerschaftlichen« Konfliktlösung gab es gewerkschaftlich schlecht organisierte Billiglohnbereiche. Doch diese profitierten von den Aktivitäten und Abschlüssen in den kampfstarken Bereichen, sie wurden ohne eigene Anstrengungen mit nach oben gezogen. Das hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Die enorme Ausweitung des Billiglohnsektors, von der Bundesregierung über Hartz IV mit vorangetrieben, setzt auch die gewerkschaftlich gut organisierten Belegschaften großer Konzerne unter erheblichen Druck. Die Konzerne haben inzwischen große Bereiche ihrer Dienstleistungen ausgegliedert, entweder an private Anbieter oder eigens dafür gegründete eigene Firmen, wie beispielsweise die Callcenter, z.B. bei der Bahn oder der Post.

Wir drucken im Folgenden den Artikel einer Kollegin ab, den sie zunächst an die »Zeit« geschickt hatte. Er macht deutlich, wie schwierig es ist, sich unter solchen Bedingungen gegen die ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen. Die Preisgabe tariflicher Absicherungen durch Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften in den Kernbereichen wird die hier geschilderten Löhne und Arbeitsbedingungen noch weiter nach unten drücken; eine Abwärtsspirale bei weiterer Zunahme der Konkurrenz ist die zwangsläufige Folge. Während Gewerkschaften und Betriebsräte oftmals auf die Verabschiedung von »ethischen Leitlinien« für die Tätigkeit »ihrer Konzerne« in der »Dritten Welt« drängen, gibt es zu den ausgegliederten Bereichen in solchen Servicecentern keine direkten gewerkschaftlichen Verbindungen. Der Artikel soll u. a. auch Aufforderung sein, in dieser Richtung tätig zu werden. d.Red. ■

Es herrscht mal wieder Krisenstimmung in meiner Firma. Seit ihrem Börsengang vor vier Jahren und der raschen Expansion hat es allerdings schon so einige Krisen gegeben. Mit 10 Standorten ist sie mittlerweile in acht Bundesländern präsent und im letzten Jahr stieg die Zahl der Mitarbeiter durch strategische Zukäufe von 1800 auf 2700. Das Kerngeschäft liegt im Trend. Es geht um »outsourcing«. Für namhafte Großunternehmen werden Servicecenter betrieben, die den gesamten Kundenkontakt dieser Firmen abwickeln. Verlage, Stromanbieter, Telefonunternehmen, Baumärkte, Internetprovider und Betreiber von Bonusprogrammen gehören zu den Kunden. Nach außen steht »unser« Unternehmen gut da und der Aktienkurs ist im letzten Jahr steil angestiegen. »Kaufen!«, heißt der Rat der Analysten, zumal ein renommierter Großaktionär eingestiegen ist. Wie sieht es für uns, die Mitarbeiter dieser prosperierenden Firma aus?

Den Siegesnachrichten zum Trotz blieb uns, den Agents und Verwaltungsangestellten in der Produktion, zum Ende des vierten Quartals 2004 die schon in Vorjahren gebetsmühlenartig von der Firmenführung wiederholte Aufforderung Opfer zu bringen nicht erspart.

2002 war es darum gegangen die Firma vor dem unmittelbaren bevorstehenden Ruin zu retten. Es kam zu Kurzarbeit. Massenentlassungen in der Produktion, aber auch im

Bereich der Hauptverwaltung am Standort Hamburg waren die Folge. Über Monate herrschte große Unsicherheit und kaum ein Tag verging, an dem nicht weitere Nachrichten von Entlassungen die Runde machten. Stammprojekte wurden an billigere Standorte im Osten und in westdeutsche Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit verlagert. Dort gab es attraktive Förderung durch die öffentlichen Hand.

Ende 2003 ging es darum den Turnaround zu schaffen. Es wurde mit eisernem Besen gekehrt. Es kam zu betriebsbedingten Kündigungen wegen zu hohen Krankenstandes. Befristungen liefen aus. Wieder mussten viele gehen. An allen Ecken wurde gespart, gekürzt, gestrafft. Agents und Verwaltungskräfte in der Produktion wurden aufgefordert je 30 Überstunden zu spenden und in billigere Betriebskrankenkassen zu wechseln. Überstunden wurden im umsatzstärksten vierten Quartal gefordert und in hohem Umfang geleistet, sowie Resturlaub »verkauft«. Eine Weihnachtsfeier gab es nicht mehr.

Unbezahlte Mehrarbeit

In der Vorweihnachtszeit 2004 wurde mit dem Hinweis darauf, dass das Betriebsergebnis, allen Annahmen zum Trotz, wieder einmal negativ auszufallen drohe, unbezahlte Mehrarbeit abgefordert. Die Resonanz war begrenzt, zumal die Bezahlung ohnehin niedrig ist, Sozialleistungen, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, unüblich sind und wir seit Jahren mit Nullrunden leben.

Kaum war diese Aktion vorüber, wurde Mitte Dezember an allen Standorten eine »Offensive zur Steigerung der Produktivität und der Qualifizierung« der Mitarbeiter ausgerufen. In eilig zusammengerufenen Versammlungen wurden die Mitarbeiter aufgefordert eine Betriebsvereinbarung zu unterzeichnen, mit der sie einer Erhöhung der Monatsarbeitszeit um sieben Stunden zustimmten. Mitbewerber, so hieß es, machten es ähnlich. Vier Stunden davon sollten, allerdings erst ab dem 1. Juli, mit einem steuerfreien Warengutschein im Wert von 44 Euro entgolten werden, drei Stunden monatlich sollten für E-Learning Trainingsmaßnahmen aufgewandt werden.

Die 24 Stunden Mehrarbeit pro Mitarbeiter im ersten Halbjahr stellten eine erneute Stundenspende dar. Es wurde gemunkelt, dass mit einem Federstreich auf das ganze Jahr eine Stundenschuld der Mitarbeiter in die Bilanz gerechnet werden sollte, um so das Geschäftsergebnis doch noch in den positiven Bereich zu steuern.

Die von der Geschäftsführung gewünschte Zustimmungsrate von 90 Prozent, ganz sozialistisch anmutend, wurde an zwei Standorten mit nur 60 Prozent nicht annähernd erreicht, interessanterweise bei uns im eher reichen Hamburg und im eher armen Frankfurt/Oder. Jetzt stehen sich die Fronten der Betriebsführung und die Mitarbeiterschaft gegenüber und die nächste Runde des Kampfes wird eingeleitet. Härtere Bandagen werden angelegt und diejenigen, die nicht unterzeichnet haben, werden massiv unter Druck gesetzt.

Verstehen wir einfach nicht, welche Sachzwänge vorliegen, dass die steigenden Schulungskosten und die stetig

schlechter werdenden Vertragskonditionen mit den Auftraggebern die Profite auffressen und so die Zukunft der Firma gefährden? Werden zur Zeit nicht überall die Arbeitszeiten verlängert? Ist es so, dass wir nicht bereit sind weitere Opfer für den Erhalt des Arbeitsplatzes zu erbringen?

Nein, das ist es nicht. Es geht ganz banal um diese Fragen: Wie geht es weiter und was kommt als nächstes? Was wird am Ende des nächsten Jahres sein? Wie lange können wir es uns noch leisten, dass unsere Arbeitsstunden immer weniger wert sind, wir immer länger arbeiten müssen für das gleiche Geld und dass, obwohl die Lebenshaltungskosten unaufhaltsam steigen? Auch wir stellen Produktivitätsüberlegungen an. Schon längst gehen die meisten von uns Nebenjobs nach um ein Einkommen zu erzielen, das über dem Minimum liegt. Wir sprechen hier nicht von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung oder in der Automobilindustrie. Wir bewegen uns am unteren Ende der Lohnskala.

Flexibilität, Arbeitsstress und totale Kontrolle

Die Zeiten sind unzweifelhaft hart. Wir wissen das. Unsere Firma steht mit den Mitbewerbern in einem schier nicht mehr enden wollenden Wettbewerb um die niedrigsten Produktionskosten, d.h. um die höchste Produktivität und die niedrigsten Löhne. Die großen Auftraggeber spielen die Dienstleister gegeneinander aus, ändern die Vertragskonditionen immer weiter zu ihren Gunsten. Notwendige Schulungen werden zum Teil nicht mehr vergütet. Früher wurde jeder Kundenkontakt nach Zeit bezahlt, jetzt gibt es quasi Fallpauschalen, die alles außerhalb des Gesprächs unberücksichtigt lassen, die Dokumentation des Kundenkontaktes zum Beispiel. Das Geld für diese unproduktiven Zeiten muss aber erwirtschaftet werden. Nur Produktivitätssprünge können das wett machen. Was folgt daraus? Die Kontrolle und die allgemeine Überwachung der Leistung ist immer enghalsiger geworden, der Druck auf den Einzelnen ist gestiegen. Die Telefonanlage ermöglicht diese Überwachung, sie zeigt an, wie lange ein Mitarbeiter auf Pause geht, wie lange er braucht bis er den nächsten Anruf annimmt, wie lange das Gespräch dauert, d.h. auch, ob es durchschnittliche Gesprächszeiten weit übersteigt.

Die Arbeit ist so härter geworden. »Ich empfinde die totale Kontrolle oft als ehrverletzend«, sagt Anna L. »Kaum habe ich ein längeres Gespräch mit einem Kunden abgeschlossen, da muss ich mich einem Teamleiter gegenüber rechtfertigen.« Die Arbeitsbelastung ist auch dadurch gestiegen, dass neben der Telefonie, also zwischen den Gesprächen, auch Briefe oder Emails bearbeitet werden. Früher gab es dafür exklusive Backofficebereiche. Auch diese Strategie hat zu einer Steigerung der Auslastung geführt.

Eine höhere Rentabilität ist auch durch die Streichung ganzer Führungsebenen erreicht worden. So werden seit einiger Zeit die Positionen scheidender Teamleiter nicht nachbesetzt und man bildet zunehmend sogenannte »fachliche Ansprechpartner« aus. Diese werden aus dem regulären Mitarbeiterstamm rekrutiert. Sie übernehmen die Aufgaben von Teamleitern und tragen Verantwortung für die Erreichung von Qualitätsstandards und Projektzielen. Carla W. etwa ist für einen Sonderbereich zuständig. Ihr ist ein kleines Team unterstellt. Sie ist die direkte Ansprechpartnerin für die Auftraggeber. Sie erhält immerhin 0,50 Cent pro Stunde mehr als ihre Mitarbeiter, allerdings bei ungleich größerer Verantwortung.

Arbeitsbedingungen beim Callcenter der Bahn

Die Problematik des Callcenters ist von äußerster Aktualität. Bei der DB AG handelt es sich um eine bereits längere Zeit bestehende Einrichtung im Rahmen des Reisendenauskunftssystems. Das Callcenter ist durch Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen charakterisiert, von denen zu sagen ist: »Akkord ist Mord!«. Es handelt sich um besonders schlecht bezahlte Arbeitsplätze, für die aufgrund hoher Fluktuation fast regelmäßig Ausschreibungen im konzerninternen Arbeitsmarkt erfolgen. Die Arbeit im Callcenter bedeutet äußerste Nervenanspannung und im höchsten Grade perfektionierte Kontrolle der Beschäftigten – Bedingungen, denen letztlich nur wenige Arbeitnehmer gewachsen sind. Das Zeitregime ist minutiös gegen den Beschäftigten aufgebaut. Ein Verlassen des Arbeitsplatzes – selbst zu Toilettengängen bedeutet schließlich das Unterbrechen einer Verbindung mit der Auskunftszentrale des Konzerns. Alle Romantik, die hin und wieder aufgebaut wird, zerbricht an der rauhen Wirklichkeit dieser Tätigkeit. Arbeitnehmer, die einmal im Callcenter gearbeitet haben und nun wieder vor dem Verlust ihren jetzigen Arbeitsplatzes stehen, überlegen sich sehr genau, ob sie trotz ihrer miserablen aussichtslosen Lage, nicht doch lieber eine erneute Bewerbung für den Arbeitsplatz als »Telefonist« ausschließen. ■

Neuverträge mit abgesenkten Löhnen

Die Arbeitsverträge sind von Jahr zu Jahr arbeitgeberfreundlicher geworden. Sogenannte Vollzeitflexverträge erlauben es der Firmenführung die Wochenarbeitszeit je nach Bedarf zwischen 0 – 40 + x Stunden anzusetzen. Das heißt, in auftragsschwachen Zeiten kann der Mitarbeiter ganz ohne Einsatz bleiben, erhält aber mindestens das einem 30 Stundenvertrag entsprechende Basisgehalt. Das Risiko in Auftragskrisen ist so in erheblichem Maße auf den Mitarbeiter verschoben. Er geht dann in ein Stundenminus, in eine Stundenschuld und hat zudem mit einem deutlich niedrigeren Monatseinkommen seine laufenden Kosten zu bestreiten. Bei hohem Stundenbedarf kann die Arbeitszeit bis zu 48 Stunden betragen, wobei maximal 40 Stunden ausbezahlt werden und der Rest ebenfalls auf ein Stundenkonto geht. Da es regulär keine 40-Stunden Verträge mehr gibt, haben sich auch in Hamburg viele Stammmitarbeiter auf diese neuen Verträge eingelassen.

Die Rahmenarbeitszeit, innerhalb derer Schichten vergeben werden können, wird in Neuverträgen jetzt mit Montag bis Sonntag von 0 bis 24 Uhr festgesetzt. Mitarbeiter, die in den letzten zwei Jahren angestellt wurden, erhalten, auch in Hamburg, erheblich niedrigere Grundlöhne, die Urlaubsansprüche sind niedriger.

Was verdient jetzt ein mit neuem Vertrag versehener, in Hamburg Vollzeit (40 Stunden) arbeitender, unverheirateter Angestellter, Steuerklasse I? – 937,79 Euro (netto) – Mitarbeiter mit alten Verträgen verdienen immerhin ca. 1100 Euro.

Es ist klar, dass aus betriebswirtschaftlicher Sicht viel dafür spricht die gegenwärtige Krise zu nutzen um langjährige Hamburger Mitarbeiter mit alten Verträgen loszuwerden und den bisher teuersten Standort, den Firmenhauptsitz Hamburg, auf Linie zu bringen.

Der Druck zeigt Wirkung

Wer hat bis jetzt unterschrieben? Peter H., zur Zeit in der zweiten Befristung, gibt seine unterschriebene Einverständniserklärung mit den Worten ab. »Wenn ich nur einen Funken Selbstrespekt hätte, dann würde ich es nicht tun, aber ich brauche den Job und will meine Befristung nicht riskieren.« Aus der Gruppe der Befristeten, der Gruppe jener, die erst seit kurzer Zeit in der Firma beschäftigt sind und die am schlechtesten verdient, haben fast alle unterschrieben. Man sieht: Es lohnt sich möglichst viele Mitarbeiter in der Befristung zu halten. Diese Mitarbeiter müssen Wohlverhalten zeigen. Die Befristungszeiträume haben sich so auch verdoppelt. Früher gab es drei 3-monatige Befristungen bis zur Festanstellung, jetzt sind es drei mal sechs Monate.

Unterschrieben hat auch Annett M., sie sagt: »Wir warten auf die Einbürgerung meines Mannes, ich muss auf jeden Fall meinen Job behalten.« Auch Hans K. hat unterschrieben. Er ist, wie viele in der Firma, weit überqualifiziert. Er ist Chemiker, hat früher für Siemens im Qualitätsmanagement gearbeitet. In Hunderten von Bewerbungen hat er erfahren müssen, dass er mit Mitte fünfzig keine Chance mehr in seinem Beruf hat. Der 28-jährige Jens D. hat unterschrieben, weil er mit der 30-, jetzt 31-stündigen Arbeit die erste Zeit seiner Selbstständigkeit absichert. Er entwirft Websites und die Auftragslage ist noch nicht so zuverlässig, dass er davon leben könnte. Auch Hanna M. hat unterschrieben. Sie ist 20-Stünderin, hat einen kleinen Sohn und kann in der Firma genau innerhalb der Zeiten arbeiten, in denen ihr Sohn im Hort ist. Das will sie nicht aufs Spiel setzen. Paul P. hat unterschrieben, er ist Student. Eine Stunde mehr plus E-Learning? Kein Problem, Hauptsache ist, dass er weiter möglichst flexibel arbeiten kann, so dass es mit dem Studium keine Probleme gibt.

Nadija W. hat auch unterschrieben. Sie macht sich Hoffnungen auf Aufstieg in der Firma. Raus aus der Produktion, rein in die Verwaltung. Sie hat vor einiger Zeit ihr BWL-Studium abgeschlossen. Trotz Auslandsaufenthalten, besten Fremdsprachenkenntnissen und guten Noten hat sie aber noch keine der zahllosen Bewerbungen zum Abschluss bringen können. Sie gehört zu der größer werdenden Gruppe von Kollegen, die den ehemaligen Studentenjob nach Abschluss des Studiums als 30- oder sogar 40-Stünder weitermachen. Was früher Spaß war, ist jetzt Ernst und die Zukunftsangst ist groß.

Die Mitarbeiterschaft ist bunt gemischt

Die Hausfrau sitzt neben dem Studenten, der Student neben dem 55-jährigen Ingenieur, der einst selbständig war, dann pleite gegangen ist, dieser sitzt neben einer ehemaligen Friseurmeisterin, diese wieder neben einem Versicherungskaufmann. So mancher nutzt den festen Job als Grundfinanzierung neben freien Beschäftigungen, an denen das Herz hängt. Hier ist es die letzte Beschäftigungsmöglichkeit, dort ein Übergang, eine Ergänzung oder eine Notlösung. Die Chemie stimmt, das ist das Erstaunliche. Die Arbeitsatmosphäre in den Teams ist sehr kollegial, ja geradezu liebevoll.

Wer hat bisher nicht unterschrieben? Zum einen diejenigen, die nicht auf diesen Job angewiesen sind, zum anderen die Naiven, die die neuen Gesetze des Arbeitsmarktes noch nicht begriffen haben. Sie sind davon ausgegangen, dass ein »Nein« eine Option ist und begreifen erst mit dem steigenden Druck, dass sie sich geirrt haben. Gibt es auch Nichtun-

terzeichner aus Überzeugung, die annehmen, dass diese Abwärtsspirale gestoppt werden muss, die davon ausgehen, dass es hier nicht nur um einen Einzelfall geht? Ja, die gibt es auch.

Die Repressionen beginnen

Wie geht es jetzt weiter? Der Vorstandsvorsitzende hat in einer zweiten Betriebsversammlung, anberaumt nach dem ungenügenden Abstimmungsergebnis, deutlich gesagt: Wer befristet beschäftigt ist und nicht unterzeichnet hat, wird keine Verlängerung seines Vertrages erwarten können. Nicht-unterzeichner haben keinerlei Aufstiegschancen. Ein Teamleiter, der nicht unterschreibt, ist langfristig nicht haltbar.

Eine Mitarbeiterin, die sich auf der zweiten Betriebsversammlung zu Wort meldete, schrieb dem CEO eine weitere erklärende Email. Diese wurde nicht beantwortet, sie wurde nur an die Vorgesetzten der Mitarbeiterin mit der Frage weitergeleitet, ob diese ihre Mitarbeiter noch im Griff hätten. Ein Abmahnungsgespräch folgte.

Eine Verwaltungsmitarbeiterin, die ebenfalls kritische Fragen zu den noch völlig unklaren Inhalten des E-Learning-Programms gestellt hatte, erlebte am nächsten Tag prompt, dass die Personalreferentin ihr mitteilte, dass der Personalchef ihr durch sie mitteilen lasse, dass sie sich unloyal gezeigt habe. Eine Zukunft in der Firma stehe ihr nicht mehr offen. Ist das die Unternehmenskultur der Offenheit, von der im Kundenmagazin auf der Homepage der Firma zu lesen ist?

Um die Widerständler mürbe zu machen oder sie aber zur Kündigung zu drängen, stehen der Firmenleitung eine ganze Reihe von Möglichkeiten zu Verfügung; so kann eine Versetzung an andere Standorte, oder aber in einen von allen Mitarbeitern gefürchteten Arbeitsbereich, den Outbound, in Aussicht gestellt werden. Niemand, der vorher in einem Servicecenter gearbeitet hat, will stattdessen Kaltaquise am Telefon betreiben. Die Verträge enthalten Vorbehalte, dass das Einsatzfeld des Mitarbeiters neu definiert werden kann und dass eine Versetzung an einen anderen Standort möglich ist. Die Drohung einer Verlagerung von Projekten an andere, willfähigere Standorte, das heißt das Ausspielen der deutschen Standorte gegeneinander gehört ebenso zum Drohrepertoire des Arbeitgebers wie der Verweis auf die Lage am Arbeitsmarkt und darauf, dass ein Heer von Arbeitslosen schon darauf wartet, die Lücken zu füllen. Hartz IV lässt grüßen. Überrascht es, dass meine Firma 2005 ihre Expansion in Polen, Tschechien und Ungarn fortsetzen will? Sicher nicht. Möglicherweise sind die Löhne dort denen im rumänischen Siebenbürgen mit etwa 200 Euro pro Monat vergleichbar. Die Konkurrenz ist schon dort.

Wut, Ohnmacht und die Frage nach einem Ausweg

Täglich überlassen mehr namhafte Auftraggeber die Kundenbetreuung Firmen wie der meinen. Die Spirale der Schlechterbezahlung von Leistungen beginnt. Mit dem Outsourcing-Prozess lassen diese Unternehmen die Sorge um die Angestellten hinter sich. Das Geschäft des Lohnrückens erledigen die Dienstleistungsfirmen. Der gnadenlose Preiskrieg in der Branche wird auf unserem Rücken ausgetragen.

Ein Ohnmachtsgefühl breitet sich aus, aber auch Wut. Wir Arbeitnehmer werden immer mehr zu Geiseln des Arbeitsmarktes. Wir müssen auf die Forderungen der Erpresser eingehen. Tut ihr nicht, was wir wollen, dann tauschen wir euch

aus. Immer wieder wird betont: Ihr seid austauschbar, allesamt. Wir haben kaum eine Wahl. Weigern wir uns, dann werden wir versetzt, entlassen, das Projekt an einen anderen Standort im In- oder Ausland verschoben. Das nennt sich wohl Globalisierung. Die Zeit bietet ein Umfeld, in dem die Großunternehmer nur gewinnen und der Arbeitnehmer nur verliert. Die Armut wird neu erfunden. »The Working Poor« – dieses Wort wird immer mehr die Lage beschreiben.

Gibt es denn keinen Ausweg? Ist das alles zwangsläufig? Das sind Fragen eines denkenden, arbeitenden Menschen. Ich muss mehr wissen. Ich muss mehr verstehen, ich muss mich mit anderen zusammen tun, ich muss lernen, mich zu wehren.

Im April 2005 ■

*) Die Namen der angeführten Mitarbeiter wurden geändert

■ ZUR 2. LEVERKUSENER KONFERENZ

Über die Lage der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und den Weg zur politischen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse

Am Wochenende des 12./13. März 2005 fand in der Karl-Liebknecht-Schule der DKP in Leverkusen ein Kolloquium statt. Es stand unter dem Motto: *»Zurzeit scheinen wir vor einem Novum in der deutschen Geschichte zu stehen: Es gibt mehr Kommunisten und Sozialisten außerhalb als innerhalb kommunistischer oder sozialistischer Parteien. Es fehlt eine marxistische Partei mit Masseneinfluss als Kristallisationspunkt für die Erweiterung von Klassendenken und Handeln«*. Erörtert wurden grundlegende Probleme des Weges zur politischen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse. An der Tagung nahmen Vertreter folgender Organisationen teil: »DKP« – »Arbeiterstimme« – »Arbeiterpolitik« – »Jakob Moneta Stiftung« – »Marx-Engels-Stiftung« – »Marxistische Blätter« – »Marxistisches Forum Sachsen« – »Sozialistische Zeitung« – »Unsere Zeit«, also Repräsentanten der drei wesentlichen kommunistischen Strömungen, die aus den Spaltungen der KPD in den 20iger Jahren entstanden sind.

Es war dies das zweite Treffen dieser Art. Die Initiative für die Leverkusener Gespräche ging ursprünglich von der »Marx-Engels-Stiftung« aus. Sie wollte dazu beitragen, die inhaltlichen und taktischen Differenzen zwischen diesen drei kommunistischen Richtungen auf der Grundlage der gewonnenen geschichtlichen Erfahrungen sachlich zu erörtern und, wo möglich, sich von Legenden, Unwahrheiten und Missdeutungen zu befreien. Denn nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers sei der Einfluss aller kommunistischen Gruppierungen zurückgegangen. Die Entwicklung einer eigenständigen, von den hiesigen Verhältnissen ausgehenden klassenbewussten Bewegung der Arbeiter und Angestellten müsse deshalb eine gemeinsame Aufgabe sein. Angesichts der gegenwärtigen Offensive des Kapitals und der Formierung des bürgerlichen Lagers könnte es sich keine kommunistische Gruppierung leisten, einen Alleinvertretungsanspruch zu formulieren und gleichsam mit dem notwendigen Streit über Vergangenes die heutigen Probleme außer Acht zu lassen.

Die Debatte verlief wie auf der ersten Konferenz solidarisch, gegensätzliche Meinungen wurden ausgetauscht und Argumente aufgenommen.

Drei Diskussionsblöcke standen auf der Tagesordnung: Einschätzung des bewusstseinsmäßigen Zustandes der heutigen mehrheitlich nur objektiv existierenden Arbeiterklasse, d. h. die Analyse der Krise des subjektiven Faktors; die Stär-

kung von Klassenbewusstsein und Klassenhandeln mit dem Schwerpunkt Gewerkschaften; politische Partei und politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse – Dialog marxistischer Linker um die Zukunft der Bewegung. Im Folgenden werden wir uns vor allem auf die Punkte konzentrieren, die in den bisherigen Berichten über die Tagung zu kurz gekommen sind oder erst gar nicht erwähnt wurden.

Schon im Vorfeld der Konferenz zeichnete sich ab, dass die Gewerkschaftsfrage brisanten politischen Diskussionsstoff enthält, der sich in einem unterschiedlichen Verständnis der Rolle der Gewerkschaften im neoliberalen Kapitalismus widerspiegelt. Die Diskussionsgrundlage lieferten »Arbeiterstimme« und »Arbeiterpolitik« mit zwei Referaten. In ihnen wurde die Auffassung vertreten, dass die Frage nach dem Ursprung der bundesrepublikanischen Gewerkschaften eine zentrale Rolle für die Beurteilung ihrer Politik bis in die Gegenwart spielte.

Die Gewerkschaften der Bundesrepublik, hieß es, seien geprägt worden von ihrer Unterwerfung unter die Besatzungsmächte. Ihre Politik basiere auf der Zusammenarbeit mit den Unternehmern und dem Staat im Rahmen eines sogenannten »Sozialkompromisses«. Auf dieser Grundlage setzten die Gewerkschaften einige sozialpolitische Erfolge durch (Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, sechs Wochen Urlaubsanspruch, Arbeitszeitverkürzungen, etc.). Jetzt, wo die Unternehmer und der Staat diese Zusammenarbeit aufgekündigt haben, sind sie nicht in der Lage, dieser Offensive etwas entgegenzusetzen. Nur wenn es den Arbeitern und Angestellten gelingt, ihre Interessen unabhängig von den Unternehmern, den Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft, den bürgerlichen Parteien und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen zu definieren, kann es zu einer Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung kommen. Es gilt, klassenbewusste Kader unter allen Teilen der Arbeiter und Angestellten herauszubilden. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, unter den abhängig Beschäftigten ein klares Bewusstsein über deren Lage zu entwickeln, deren Besinnung auf die eigene Kraft zu fördern und politische Orientierung über den Kapitalismus hinaus zu vermitteln.

Dagegen vertraten einige Diskussionsteilnehmer der DKP die Meinung, dass die aktuelle Krise der Gewerkschaften im Wesentlichen auf die seit den 80er Jahren sich vollziehenden Änderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft, resp. den

Prozess der »Globalisierung«, zurückzuführen sei. Hier bedürfe es programmatischer Gegenpositionen und konzeptioneller Alternativen seitens der Linken, um die Gewerkschaften wieder handlungsfähig zu machen.

Inhaltlich besonders kontrovers wurde es, als von Seiten der DKP die Rolle der Kommunisten in den Gewerkschaften mit dem Begriff des »Brückenkopfes« umschrieben wurde. Die vorgetragene Position verzichtete auf die Organisation breiter innergewerkschaftlicher kommunistischer Opposition und auf die Stärkung der Eigenständigkeit der Beschäftigten. Bei diesem Ansatz handelte es sich letztlich um ein Stellvertreterkonzept, das den bestehenden Gewerkschaften imaginäre Selbstheilungskräfte zugestand. So wurde dann auch die »Einheitsgewerkschaft« nur beschworen, aber nicht erklärt, was darunter heute zu verstehen ist: Nicht die Eroberung von Posten und Positionen darf für kommunistische Gewerkschafter die zentrale Rolle spielen, sondern ihre zentrale Aufgabe ist, die Voraussetzungen für gewerkschaftliches und politisches Handeln auf einer klassenbewussten Grundlage herzustellen.

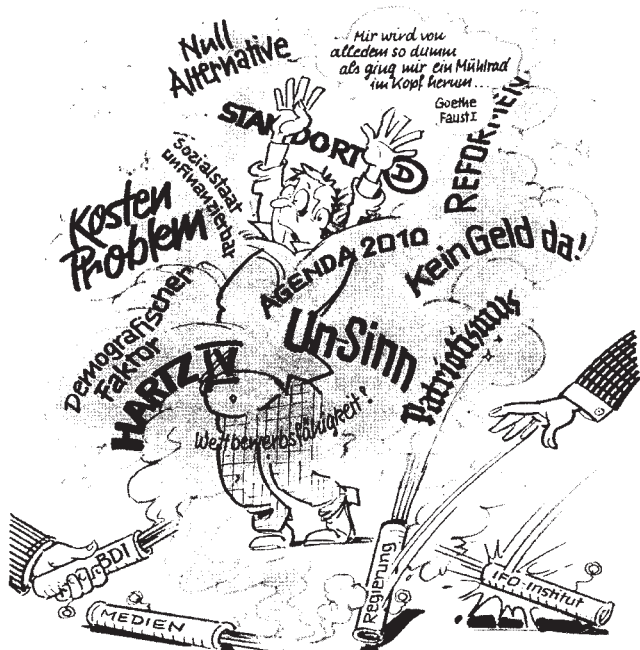
Im Zusammenhang mit der Nachkriegssituation spielte in der Diskussion noch die Frage eine Rolle, wie das Potsdamer Abkommen einzuschätzen sei. Hier ist in der DKP immer noch die Auffassung anzutreffen, dass die Kommunisten für eine Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse einzutreten hatten und dies in den Westzonen auch mit den Besatzungsmächten und den unter ihrem Einfluss stehenden bürgerlichen Parteien möglich gewesen war. Doch in der Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten und den bürgerlichen Kräften sei eine sozialistische Gesellschaftsordnung nicht durchsetzbar, wurde entgegnet. Deshalb hätte die KPD sich von Anfang an dem Potsdamer Kompromiss zwischen der Sowjetunion und den drei imperialistischen Mächten, den sie als eine Art »Gesellschaftsmodell« für Deutschland verstanden hat, nicht unterwerfen dürfen und stattdessen eine eigenständige Politik entwickeln müssen. Dem hielt Robert Steigerwald entgegen: Es drohte die Fortsetzung des Krieges gegen die Sowjetunion. Deshalb war diese Politik zur Friedenssicherung nötig. Hier aber tauchst die nicht weiter dis-

kutierte Frage auf, wie die Kommunisten einen Beitrag für die Sicherung der Grenzen der Sowjetunion hätten leisten können, ohne dabei eine eigenständige Politik aufgeben zu müssen.

Die Debatte am zweiten Beratungstag wurde durch die von Ekkehard Lieberam vorgetragenen Gedanken zur Parteifrage dominiert. Im Unterschied zur Berichterstattung in der »junge Welt« vertritt er nicht die Auffassung, dass es einzig auf die Stärkung der DKP ankomme, damit die Arbeiterklasse ihre politische Unabhängigkeit erkämpft. Im Gegenteil, er richtete sehr eindeutige Ermahnungen an die Adresse der DKP, sich stärker mit den marxistischen Linken auch außerhalb ihrer eigenen, stark dezimierten und widerspruchsvollen Reihen zu verbünden. Vertritt er doch die Position, dass man eine einflussreiche organisierte Gegenkraft gegen das Kapital nicht aus dem Boden stampfen kann. Dafür ist eine eigenständige Bewegung der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen nach politischer Unabhängigkeit erforderlich. Aber aus den sozialen und politischen Konflikten wird keine erfolgreiche Gegenmacht gegen das Kapital erwachsen können, wenn lediglich hin und wieder der spontane Protest zunimmt. Anknüpfend an die Auseinandersetzungen, die Wolfgang Abendroth geführt hat, forderte Lieberam den geduldigen Umgang der marxistischen Linken miteinander.

Widerspruch zu dieser Position kam auf der Konferenz dahingehend zum Ausdruck, dass sich nach Meinung eines Diskutanten der DKP die gesamte Problematik auflöse in die Frage nach der Stärkung nur seiner Partei. Offen blieb allerdings, wie sich diese Stärkung vollziehen soll, wenn an überlieferten Konstruktionen eines von der verlustig gegangenen politischen Stellung der DDR abhängigen »Parteimodells« festgehalten wird. Die Frage des Einflusses der kommunistischen Partei, d. h. eines Einigungs- und Verständigungsprozesses über Gruppengrenzen hinweg, wurde nicht in Zusammenhang gebracht mit dem Zustand der Arbeiterklasse und dem bewusstseinsmäßigen Zustand der Linken – überhaupt wurde in dem Beitrag die Parteifrage nicht als Frage der »Parteiwerdung des Proletariats« (Karl Marx) betrachtet. Die Gefahr einer solchen Positionierung besteht darin, dass man sich letztlich nur mit sich selbst beschäftigt, während es doch gerade darum geht, eine politische Organisation zu schaffen, die in der Arbeiterbewegung verwurzelt ist. Politische Reife kann also nicht dadurch erlangt werden, dass neue Formen der Bewegung in alte Formeln gepresst werden. Weil das so ist, fiel die Kritik an dem vorgetragenen Standpunkt auch aus den Reihen der DKP deutlich aus.

In Leverkusen wurde ein Dokument vorgetragen und von einigen Teilnehmern unterzeichnet, das für einen »marxistischen Dialog um die Zukunft der Bewegung« plädiert. Das Dokument, veröffentlicht in der jW vom 15. März 2005, ist nicht unumstritten, weil nicht so recht klar geworden ist, ob damit der begonnene Leverkusener Dialog als Auseinandersetzung zwischen den drei wichtigsten kommunistischen Strömungen lediglich unter anderem Namen fortgesetzt oder ob etwas Neues initiiert werden soll. Da nach den beiden Tagungen noch viele Fragen offen geblieben sind, plädieren wir dafür, die Debatte auf der bisherigen Grundlage fortzusetzen. Dabei sollten die Träger der ersten beiden Konferenzen auch das Rückgrat der folgenden Treffen bilden. Nicht weiterführend wäre es, wenn die politische Diskussion der letzten beiden Tagungen durch allgemein theoretische Erörterungen über Marxismus ersetzt würde. HEH, 6. Mai 2005 ■



Durchblick ist nötig...



oben: Das Armenviertel El Vale in Caracas
links: Gemüseanbau in den einzelnen Vierteln

BUCHBESPRECHUNG:

»Venezuela – Welcome to our Revolution«

Als am 12. April 2002 der Putsch gegen Chavez zunächst von Erfolg gekrönt zu sein schien, frohlockte die Deutsche Welle: »Venezuelas Präsident gibt auf«. Gestützt auf Verlautbarungen der reaktionären, oppositionellen Medien Venezuelas, zeichnete das deutsche Auslandsradio das Bild eines isolierten, ungeliebten Präsidenten, dessen Anhänger, »die so genannten Bolivarischen Kreise«, auf Demonstranten geschossen hätten, wobei mindestens 13 Menschen getötet und mehr als 100 weitere verletzt worden seien. Die weltweit gestreuten Nachrichten entpuppten sich allesamt als schäbige Propagandalügen, was die Gesamtheit der bürgerlichen Medien in Deutschland indes nicht veranlasste, auch nur ansatzweise den Versuch einer sachlichen Darstellung der Vorgänge um den 11./12. April nachzureichen. Auch drei Jahre nach dem rechten Putschversuch finden sich in den hiesigen Medien keinerlei Notizen, die die aktuellen Prozesse in dem südamerikanischen Land aufgreifen würden, dabei gäbe es einiges zu berichten, wie »Welcome to our Revolution« stichhaltig belegt.

Im September letzten Jahres besuchte eine Gruppe von Aktivisten und Aktivistinnen der internationalistischen Linken, unter ihnen Mitglieder der Gruppe Arbeiterstimme, Venezuela und fasste ihre Erfahrungen und Begegnungen äußerst lesenswert auf 170 ansprechend gestalteten Seiten zusammen. Der Untertitel »Innenansichten des bolivarianischen Prozesses« verspricht keineswegs zu viel: Neben einflussreichen Texten zur Geschichte und aktuellen Situation in der bolivarianischen Republik, enthält der Band Berichte (und Fotos) aus verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren – Stadtteilarbeit, Soziale Projekte, Gewerkschaften, Erdöl- und Landwirtschaft, Medien und Politik – sowie ausführliche Interviews mit Protagonistinnen und Protagonisten derselben. Widersprüche und Kritik werden offen thematisiert, was das Lesen des Buches und die Diskussion über die »bolivarianische Revolution« ungemein bereichert.

»Partizipative und antagonistische Demokratie«

Seit 2002 hat die Regierung Chávez diverse Angriffe der Opposition erfolgreich abwehren können, was ohne den Rückhalt weiter Teile der Bevölkerung nicht möglich gewe-

sen wäre. Die frühzeitige Kenntnis der US-Administration über den Putschversuch von 2002 hat der Chávez-Regierung bestätigt, dass sich die reaktionäre Opposition Venezuelas auf nordamerikanische Rückendeckung verlassen kann, aber vor allem, dass sich große Teile der Bevölkerung mit dem bolivarianischen Prozeß identifizieren. Der Mobilisierungsfähigkeit der Basis aus den Armenvierteln und der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen war es 2002 zu danken, dass sich das chilenische Drama von 1973 nicht wiederholen konnte und dass auch der von der Opposition ausgerufene »Streik« im Winter 2002/2003 sowie das gegen Chávez gerichtete Referendum vom August 2004 scheiterten. Laut den AutorInnen des Kollektivs »p.i.s.o. 16« läßt sich vor diesem Hintergrund feststellen, »dass die Basisbewegungen im Laufe dieser, ihrer Revolution an Bedeutung und Selbstvertrauen gewonnen haben« (S. 11). Nach einem Rückblick auf Geschichte und die Entwicklungen der letzten Jahre geht es in den folgenden Kapiteln genau um diese Basisbewegungen aus verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren, wobei die AutorInnen in der »politischen Repräsentanz der Bevölkerung« die »wichtigste Fragestellung innerhalb der bolivarianischen Revolution« erkennen.

Grundlage der aktuellen Prozesse und der politischen Repräsentanz ist die 1999 mit einer Volksabstimmung verabschiedete Verfassung. Mit ihr wurde der Weg von der »bürgerlich-repräsentativen« zur »partizipativen und antagonistischen Demokratie« geebnet. Vorgesehen sind sowohl Elemente direkter Demokratie als auch ein imperatives Mandat für politische Funktionsträger. Wie die umfangreich dokumentierten Interviews aufzeigen, werden an diesen Aspekten die Widersprüche deutlich, die die AutorInnen unter anderem darauf zurückführen, dass der bolivarianische Prozess »in seinen Extremen zwei politische Visionen« umfasst. »Die eine könnte am ehesten als links-sozialdemokratisches Modell beschrieben werden, (...). Das andere Extrem formuliert die Forderung nach einer grundlegend anderen Gesellschaft, nach einer rätendemokratischen Gemeinschaft mit demokratischer Kontrolle über die Produktion« (S.11).

Misiones

Beschränkte sich die Regierung Chávez in ihren ersten Jahren auf Veränderungen der politischen Sphäre, »beschloss sie 2001 mehrere Gesetze, um die soziale Situation der marginalisierten Bevölkerung zu verbessern« (S. 17). Herzstück der sozialpolitischen Maßnahmen sind die misiones. Mit cubanischer Unterstützung gelang es, ein Gesundheitssystem auf-



Das besetzte Teatro Alamedo

zubauen (Misión Barrio Adentro), welches die ärmsten Bevölkerungsschichten erreicht, sowie eine erfolgreiche Alphabetisierungskampagne (Misión Robinson) durchzuführen. Doch nicht alle Programme sind erfolgreich, wie die Basisaktivistin Adriana Scovino am Beispiel eines Wohnungsprojektes in einem Armenviertel in Caracas erklärt.

Veranstaltungen zum Thema

Weltweit ist es wohl einmalig, daß eine Regierung alle Privatisierungsmaßnahmen ihrer Vorgängerinnen stoppt und unter der Beteiligung der breiten Massen massiv in den Gesundheits- und Bildungssektor investiert, um allen Menschen kostenlosen Zugang zu ermöglichen. Möglich wurde dies u.a. alles, weil 1999 unter der Mitwirkung der breiten Bevölkerung eine neue Verfassung verabschiedet wurde, die den Menschen weitgehende direkte Einflußnahme auf die politischen Prozesse ermöglicht, die die Privatisierung von Bodenschätzen verbietet, den Großgrundbesitz als mit den sozialen Zielen der Verfassung unvereinbar erklärt.

Vertreterinnen und Vertreter des Autorenkollektivs p.i.s.o. 16, die im September 2004 vier Wochen lang das Land bereisten und darüber in ihrem Buch berichten, werden über die Stärken und Schwächen des »bolivarianischen Prozesses« referieren.

In Magdeburg: Donnerstag, 26. Mai, 19.00 Uhr
im **Campustheater** (Uni-MD) Veranstalter: Konterbande u.a., unterstützt vom Bildungverein Elbe/Saale

In Hamburg: Freitag, 27. Mai, 19.00 Uhr
im **Gewerkschaftshaus**, Besenbinderhof 60, im verdi center. Dia-Vortrag und Diskussion im Rahmen der Ausstellung cubanischer Solidaritätsplakate.

In Berlin: Samstag, 28. Mai, 16.00 Uhr
in der **Medien-Galerie**, Dudenstraße 10. U-Bahn »Platz der Luftbrücke«. Veranstalter: Gruppe Arbeiterpolitik Berlin

Zwar würden die staatlichen Programme eine Antwort auf die Bedürfnisse der Leute darstellen und akzeptiert werden, aber sie seien nicht mit den Leuten entworfen worden, wodurch die Gefahr bestünde, dass Fehlschläge produziert würden. »Wir sehen diese Gefahr, wenn keine Zeit ist, das Volk zur Partizipation zu erziehen. Wenn die Programme einfach so aus der Luft kommen« (S. 28).

Auf der anderen Seite weist sie auf die vielen konkreten Verbesserungen der Lebensumstände hin. So wurden die Einschreibengebühren in den Schulen abgeschafft, trotz der erwähnten Probleme neuer Wohnraum geschaffen, die Löhne für staatliche Lehrer aufgebessert und mit den Mercales (subventionierter Lebensmittelverkauf) und den Volksküchen die Ernährungssituation verbessert (S. 32). Eine Fülle von Details über die verschiedenen misiones sind in dem Kapitel »In sozialer Mission« und den anschließenden Interviews nachzulesen.

Erdöl

Wichtigster Bestandteil der ökonomischen Basis Venezuelas ist das Erdöl. 1976 wurde die Erdölindustrie des Landes verstaatlicht und der Erdölkonzern Petróleo de Venezuela – Sociedad Anónima (PDVSA) gegründet. Konnten die Staatseinnahmen dadurch zunächst gesteigert werden und sich der damalige Präsident Pérez mit Lebensmittelsubventionen und Niedrigpreisen für Benzin beliebt machen, so änderte sich dies seit Ende der 80er Jahre. 1989 verkündete Pérez eine große Wende, die u.a. die »schleichende Reprivatisierung« der Erdölindustrie vorsah, die »inzwischen ein Selbstbedienungsladen der venezolanischen Eliten und zu einem völlig eigenständigen Machtfaktor innerhalb der venezolanischen Gesellschaft geworden« war (S. 90f). Eine der ersten Maßnahmen der Regierung Chávez war die Übernahme der Kontrolle über den Ölkonzern, der mit etwa 20 Milliarden US-Dollar rund 40 Prozent der Staatseinnahmen garantiert. Mit diesen Einnahmen wird ein großer Teil der derzeitigen sozialen Programme finanziert, was, wie der Technische Leiter Omar Bravo von der PDVSA anmerkt, für Außenstehende vielleicht komisch wirke, »dass ein Unternehmen wie die PDVSA in ein Geschäft wie das des Erdöls investiert und auch in soziale Projekte und die Entwicklung des Landes. Das sind keine antagonistischen Widersprüche, das geht zusammen« (S. 94).

Gewerkschaften

Und auch andere Dinge gehen in Venezuela zusammen. In Gesprächen mit GewerkschafterInnen kommt das Verhältnis des am 5. April 2003 neu gegründeten Gewerkschaftsdachverbands Unión Nacional de Trabajadores (UNT) zur alten Gewerkschaftshierarchie und zur Regierung Chávez zur Sprache. Auslöser für die Gründung war das reaktionäre Gebaren des bislang größten Gewerkschaftsdachverbands CTV während des Putschversuchs und des »Öl-Streiks« 2002/2003. In beiden Fällen hatte die Gewerkschaftsführung mit den rechten Militärs, der Kirche und dem Unternehmerverband kooperiert. Der gerade entstandenen UNT gelang es bereits am 1. Mai 2003 über 500.000 Menschen zur Demonstration zu mobilisieren und bis heute zur größten Gewerkschaft des Landes anzuwachsen. Die UNT unterstützte Chávez zwar beim Referendum, in erster Linie geht es ihr indes um den bolivarianischen Prozeß. Kritisch verfolgt sie das Agieren der Regierung gegenüber den Unternehmern,

wie in einem Interview mit Stalin Pérez Borges von der nationalen Koordination der UNT deutlich wird: »Wenn jetzt Chávez nach dem gewonnenen Referendum beginnt, eine politische Annäherung an die Unternehmer zu suchen und anfängt, ihnen Zugeständnisse auf Kosten von Errungenschaften der Arbeiter zu machen, dann wird er auch Probleme mit der Gewerkschaftsbewegung bekommen« (70). Begrüßt wird von Seiten der UNT, dass unter Chávez die weitere Privatisierung staatlicher Unternehmen unterbunden wurden, auf der anderen Seite besteht aber die Forderung, »dass die Arbeiter die gesamte Kontrolle über die Produktion in der Öl- und Schwerindustrie haben sollten« (S. 76).

Reform oder Revolution?

Ob der bolivarianische Prozeß in Venezuela reformistisch oder revolutionär einzuschätzen ist oder eine Revolution durch Reformen darstellt, lassen die AutorInnen von »Welcome to our Revolution« offen. Das Buch beschreibt in hoher Dichte eine Entwicklung, die politisch, ökonomisch und kulturell das westliche Modell einer kapitalistischen, repräsentativen Demokratie grundsätzlich in Frage stellt, wie soziale

Infrastruktur auf- und nicht abgebaut wird und dadurch in kurzer Zeit erhebliche materielle Verbesserungen für die Masse der Bevölkerung realisiert werden konnte. Die Menschen identifizieren sich mit diesem Projekt, in dem sie unmittelbar einbezogen sind. Schon allein dafür gebührt diesem Land unsere Aufmerksamkeit und Solidarität.

Es gibt hierzulande nicht viele Bücher, die über Prozesse wie in Venezuela berichten würden, und es gibt nicht viele Länder, in denen sich die Menschen wie in Venezuela gegen den globalen Mainstream des neoliberalen Kapitalismus auflehnen und wo die Niederlagen einer fortschrittlichen Bewegung die Ausnahme darstellen, wie Pérez Borges von der UNT es zum Ausdruck bringt: »Ich will nicht sagen, dass eine Massenbewegung unbesiegbar ist, aber die Niederlagen, die wir bislang im Laufe des Prozesses hinnehmen mußten, waren wenige« (S. 77).

Das Buch (160 Seiten, 10,- Euro) kann bezogen werden

1. **über unsere Redaktionsadresse** oder
2. **über den Verlag »Gegen den Strom«**,
Schwanthaler Str. 139 · 80339 München
kulturladen2caracas@freenet.de

Die Demontage der Histadrut

Vorbemerkung: Ein Blick in die neuere Entwicklung des israelischen Gewerkschaftsverbandes Histadrut zeigt, wohin der Weg einer Gewerkschaft führt, wenn sie nicht die Klasseninteressen der Lohnabhängigen – gleich welcher Nationalität – vertritt, sondern sich mit den Interessen des bürgerlichen Staates identifiziert

In Israel vollziehen sich gesellschaftliche Entwicklungen, die denen in Westeuropa ähnlich sind.

Wie westeuropäische Gewerkschaften den Sozialdemokraten nahe standen, so die Histadrut der »Arbeitspartei«, unter diesem reformistischen Einfluss wurden ebenfalls Wirtschaftsunternehmen entwickelt. Auch sie gingen – wie hier bei uns – im kapitalistischen Konkurrenzkampf unter. Die Gewerkschaftsspitze der Histadrut stimmte dem Sozialabbau und der Privatisierung der Rentenkassen und staatlicher Unternehmen zu, wie wir es auch von unseren Gewerkschaften kennen. Und wie in Westeuropa gibt es in Israel für die arbeitende Bevölkerung keinen Weg zurück zum Wohlfahrtsstaat.

Im Mai 2004 hat Dani Ben Simhon vom **Workers Advice Center** (WAC) die »Histadrut«, Israels Dachgewerkschaft, untersucht. Wir haben drei Abschnitte seiner Untersuchung herausgenommen: 1) Die Einführung; 2) Die Haltung der Histadrut gegenüber palästinensischen Arbeitern; und 3) ihren Niedergang während des letzten Jahrzehnts. Wegen der Länge der Studie haben wir jene Abschnitte herausgelassen, in denen es um die israelischen Araber und die Arbeitsmigranten geht. Darüber kann in der 85. Ausgabe der Challenge nachgelesen werden. d. Red. ■

Dani Ben Simhon

Einführung:

Die Histadrut auf beiden Seiten des Klassegesetzes

1920 wurde die Histadrut als »Dachverband jüdischer Arbeiter« gegründet. Ihr ausgesprochenes Ziel war, die »Arbeit« aus den Händen der Palästinenser »zu erobern«. Schnell wurde sie zu einer Grundlage der politischen Führung des Yishuv (die vorstaatliche jüdische Gemeinschaft des Landes). Selbst als sie als Gewerkschaft arbeitete, waren ihre Ziele immer auf die jüdische Bevölkerung ausgerichtet.

Zur Interessenvertretung der Arbeiter im Kapitalismus entwickelte der Verband auch einen unternehmerischen Zweig. Dieser wuchs zu einem Riesen heran, der landwirtschaftliche und industrielle Belange ebenso umfasste wie das Bauwesen, den Handel, den Transport und das Finanzwesen: z.B. die Fabriken der Chevrat Ha'Ovdim (der Dachverband der Arbeitskooperativen in Israel), die Bank Hapotalim (Arbeiterbank), den General Health Fund (allgemeine Krankenversicherung), eine Zeitung, Sportgruppen usw.

Von Beginn an war es das Ziel der Histadrut, eine autonome jüdische Wirtschaft zu etablieren. Ihre Genossenschaften (z.B. Tnuva in der Landwirtschaft, Koor in der Produktion, Mashbir im Vertrieb) kümmerten sich um die gesamte ökonomische Stufenleiter; von der Beschäftigung über die Produktion bis zum Verbraucher wurde alles von Mitgliedern der Histadrut geregelt. Ihre Gebäude wurden von einem Unternehmen der Histadrut, Solel Boneh, errichtet und von Shikun Ovdim (Häuser für Arbeiter) ausgestattet. Ihre Rentner nutzten ihr Netzwerk von Altersheimen (Mish'an). Mittels des General Health Fund versorgte sie die jüdische

Bevölkerung mit einem Netz von Krankenhäusern und Arztpraxen.

Nach der Staatsgründung 1948 behielt die Histadrut ihre zentrale Rolle bei. Um einen Job zu bekommen, war ihr kleines rotes Mitgliedsheft die Voraussetzung. Um Mitglied der großen Krankenkasse zu sein, musstest du in der Histadrut sein. Als einzige anerkannte Vertreterin der Arbeiterschaft wuchs der Verband zu einem Staat innerhalb des Staates heran.

Obwohl sie das Wort »jüdisch« aus ihrem Namen löschte, weigerte sich die Histadrut bis 1959, arabischen Arbeitern die volle Mitgliedschaft zu gewähren. Doch das landesweite Wachstum im Bauwesen und in der Produktion führte zu einem solchen Mangel an Arbeitskräften, dass die Organisation sie schließlich aufnahm.

Die Besetzung, die Histadrut und die palästinensischen Arbeiter

Die Eroberung der Westbank und des Gazastreifens 1967 warf die Frage auf, wie sich die Histadrut gegenüber palästinensischen Arbeiter verhalten sollte. Die wirtschaftliche Kontrolle über die besetzten Gebiete wurde bald zum Eckpfeiler der israelischen Besetzung. Gemäß den Vorstellungen von Verteidigungsminister Moshe Dayan würde die Eingliederung der palästinensischen Arbeiter in den israelischen Arbeitsmarkt die eigenständige palästinensische Ökonomie schwächen, was absichtlich beschleunigt wurde, um die absolute Abhängigkeit von Israel zu fördern.

So schlug das Verteidigungswesen zwei Fliegen mit einer Klappe: Es kontrollierte die wirtschaftlichen Aktivitäten in den besetzten Gebieten (die bis in die späten 80er Jahre hinein Israels größten Exportmarkt nach den USA darstellten) und es versorgte Israels Betriebe, Bauunternehmer und Bauern mit billigen Arbeitskräften. Die Histadrut akzeptierte diese Politik und unterstützte damit nicht nur die besondere Ausbeutung der Palästinenser, sondern auch deren Folge: die Erosion der Verhandlungsmacht der israelischen Arbeiter.

Israel hatte ein doppeltes Interesse daran, seiner Wirtschaft zusätzliche Arbeitskräfte zuzuführen. Zunächst hatte sich seine Wirtschaft, weitgehend auf Grundlage ausländischer Zuwendungen, ausgedehnt. Seine jährliche Wachstumsrate hatte seit 1948 – und das hielt bis 1972 an – immer so um 10 Prozent gelegen. Man hätte annehmen können, dass sich die zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften in höheren Löhnen niedergeschlagen hätte, doch das große Reservoir billiger palästinensischer Arbeit hielt den Deckel darauf.

Berichtigung:

Eine Leserin hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass in dem »**Bericht über eine Reise zu israelischen und palästinensischen Kolleginnen und Kollegen**« (Arpo 1/2 2005) einige sachliche Fehler enthalten sind: »Sigal Rozen ist eine Frau, und nicht ein ›er‹. Am Checkpoint ist nicht Yakov Ben Efrat, sondern Assaf Adif zu sehen. Die Delegation war zwar bei palästinensischen Gewerkschaftern in Ramallah, das Bild auf Seite 30 zeigt jedoch mitnichten diese.«

Israels zweites Interesse war, die politische Kontrolle über die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu festigen. Dieses Interesse »war nicht weniger wichtig und vielleicht sogar wichtiger als der« routinemäßige »Kampf der Armee gegen palästinensische Gewalt«. Anstatt die Interessen der Arbeiter (also ihrer Mitglieder) zu verteidigen, akzeptierte die Histadrut die Kriterien der Armee für die Ausgabe von Arbeitsgenehmigungen. Die Verfügbarkeit von Palästinensern sicherte die Profite ihrer eigenen Produktions- und Landwirtschaftsbetriebe, während sie als Gewerkschaft zugleich die Beiträge der Palästinenser in ihre Renten- und Gesundheitskasse sowie den Verwaltungsapparat einstecken konnte. »Mit bürokratischem Ehrgeiz entschlossen, ihre Kontrolle zu festigen, arbeiteten die beiden großen israelischen Institutionen (die Armee und die Histadrut – d. Verf.) zusammen, um den Status Quo der Nachkriegszeit zu erhalten und ihre Macht zu vergrößern.«

Eine Kabinettsentscheidung vom Oktober 1970 institutionalisierte die Ausbeutung der palästinensischen Arbeiter: Die Militärverwaltung sollte ihre Beschäftigung überwachen. Ihre Entgelte sollten von den Kassen des nationalen »Arbeitsamtes« (employment service) ausgezahlt werden, das den Unternehmern die Genehmigungen ausstellte, diese Arbeiter anzuwerben, und dem ihre Arbeitsstunden mitgeteilt wurden. Auf diese Art konnten sowohl die Regierung als auch die Histadrut sicher sein, ihren Schnitt zu machen.

Histadrut und Arbeitspartei-Regierung waren bei diesem Arrangement ausgemachte Partner. Das Interesse des Verbands war nicht, den palästinensischen Arbeitern die gleichen Rechte wie den israelischen zu sichern, sondern eher die gleiche Höhe der Beschäftigungskosten. Oberflächlich betrachtet schien es, als entsprächen ihre Löhne und Sozialleistungen den geltenden Arbeitsabkommen. Im Kleingedruckten hatte die Regierung jedoch einige einschränkende Vorkehrungen getroffen. Was die Sozialversicherung betraf, so trat diese in drei Fällen ein: Arbeitsunfälle, Insolvenz des Arbeitgebers und einen Zuschuss bei der Geburt eines Kindes in einem israelischen Krankenhaus (bei Palästinensern eine Seltenheit). Von den 11 Prozent, die vom Gehalt jedes palästinensischen Arbeiters an die Sozialversicherung abgeführt wurden, war nur 1 Prozent für diese drei Bereiche gedacht. Der Rest wanderte in einen besonderen »Angleichungsfonds«, der für die Versorgung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten mit sozialen und kulturellen Dienstleistungen gedacht war. Tatsächlich verwendete Israel das Geld, um die Besetzung zu finanzieren. Die Arbeiter zahlten die vollen Beiträge zur Sozialversicherung, aber sie genossen die meisten dieser Rechte, die durch diese Beiträge gedeckt werden sollen, nicht, z.B. Arbeitslosengeld, Rente, Krankengeld, Kindergeld und Fortbildungen.

Die Behandlung der palästinensischen Arbeiter durch die Histadrut wich kaum von der durch Personalfirmen ab, »denn mit Hilfe der Regierung und der militärischen Herrschaft nahm sie Arbeiter aus den besetzten Gebieten und teilte sie Arbeitgebern zu, im Gegenzug erhielt sie billige Arbeitskräfte für ihre eigenen Unternehmen und eine zusätzliche Quelle für Mitgliedsbeiträge.« (Zusätzlich zu den 11 Prozent für die Sozialversicherung musste jeder palästinensische Arbeiter ein Prozent seines Einkommens als Beitrag abführen.) Bei dieser letztlich kurzsichtigen Politik, die die Palästinenser davon abhielt, ökonomische Unabhängigkeit zu entwickeln, war die Histadrut eine tragende Säule. Das

Ergebnis war die totale ökonomische Abhängigkeit der Palästinenser von Israel.

Die palästinensischen Gewerkschaften: Zwischen Unterdrückung und Kooptation

Seit den späten 70ern entstanden in den besetzten Gebieten neue Gewerkschaften. Sie waren mit den politisch-militärischen Organisationen der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung eng verbunden. Diese militanten Gewerkschaften zogen Tausende von Arbeitern an, einschließlich jene, die nach Israel pendelten. Die israelischen Behörden betrachteten sie als Teil des Widerstands und gingen mit eiserner Faust rigoros gegen sie vor. Ihre Führer wurden ins Gefängnis geworfen oder deportiert. Ihre Büros wurden geschlossen. Ihre Aktivisten waren Verfolgung, Verhören und Folter ausgesetzt. Die Histadrut unternahm nichts.

Die israelische Menschenrechtsorganisation B'tselem berichtete, dass der Shin Beth, der israelische Inlandsgeheimdienst, die Arbeitsgenehmigungen einsetzte, um Arbeiter zur Kollaboration zu zwingen. Die Arbeiter erfuhren, dass ihnen diese Eintrittskarte in die israelische Wirtschaft sicher wäre, wenn sie sich darauf einließen.

Auch das schaute sich die Histadrut mit verschränkten Armen an. Zudem nutzte sie ihr Prestige im Ausland, um zu verhindern, dass die palästinensischen Gewerkschaften international anerkannt wurden.

Nach der Unterzeichnung der Verträge von Oslo, 1993, änderte die Histadrut, entsprechend dem veränderten Verhältnis Israels zur PLO, ihre Haltung gegenüber den palästinensischen Gewerkschaften. Sie versuchte, sie unter Kontrolle zu bekommen, und benutzte sie, um ihren Zutritt zur arabischen Welt zu legitimieren.

In seinem Gründungspapier von 1998 hat das WAC die Haltung der Histadrut gegenüber den palästinensischen Gewerkschaften ein detail beschrieben. Israels Abriegelungspolitik und die »Übernahme« der palästinensischen Wirtschaft nahm nach Oslo noch zu. Das Pariser Protokoll von 1994, das die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) festlegte, verlängerte die Abhängigkeit auf allen Ebenen, einschließlich der Zollbestimmungen, Infrastruktur, Im- und Exporte. Die Einreise pendelnder palästinensischer Arbeiter wurde von Israels Bedürfnissen abhängig gemacht und in dessen Ermessen gestellt.

Im März 1995 schloss die Histadrut, im Rahmen von Oslo, mit den palästinensischen Gewerkschaften eine Vereinbarung, die ihr erlaubte, auch weiterhin Mitgliedsbeiträge in Höhe von 1 Prozent zu erheben – aber jetzt sollten die palästinensischen Gewerkschaften die Hälfte dieses Betrags erhalten. Die Vereinbarung sah auch vor, dass die Histadrut als Ausgleich für die Beträge, die sie in der Vergangenheit von den palästinensischen Arbeitern erhalten hatte, 800 Millionen Schekel an die palästinensischen Gewerkschaften zahlen würde. Das Abkommen stieß in palästinensischen Kreisen auf heftige Ablehnung. Seine Widersacher wiesen darauf hin, dass dieser Betrag lächerlich gering war. Immerhin hatte die Histadrut von Zehntausenden 26 Jahre lang jährlich 1 Prozent Lohn eingezogen, ohne im Gegenzug dafür Leistungen zu erbringen. Die Palästinenser schätzten die ihnen geschuldete Summe auf 1,5 Milliarden Schekel.

Trotz dieser Auseinandersetzung wurde das Abkommen zur vollendeten Tatsache. Die Histadrut begann endlich für

Gewerkschaftsaktivisten Seminare durchzuführen und Rechtsanwälte zu bezahlen, die palästinensische Arbeiter vor israelischen Arbeitsgerichten vertraten. Doch mit dem Ausbruch der zweiten Intifada brach sie alle Verbindungen mit den palästinensischen Gewerkschaftern ab.

Die israelische Bühne: Die Rolle der Histadrut im Stabilisierungsplan von 1985

Gegen Ende 70er Jahre war Israels Wirtschaft von Problemen geplagt. Ein Hauptteil der Krise hatte die Histadrut verursacht. Ihre Gesellschaften hatten Verluste gemacht und die Regierung hatte für sie bürgen müssen. Bauern und Kibbuzim hatte sie große Subventionen gewährt. Auf allen Ebenen und zahlreichen Berufen hatten ihre Angestellten Dauerstellungen erhalten und viele waren (im kapitalistischen Sinne) unproduktiv oder überflüssig geworden. Fast 40 Prozent aller Arbeitskräfte waren bei der Regierung beschäftigt. Das Land blieb von Geldern aus dem Ausland abhängig. Dann kam 1982 der Libanon-Feldzug, der fünf Milliarden Dollar kostete – und die Regierung druckte Geld. 1984 wurde die jährliche Inflationsrate in dreistelligen Zahlen angegeben. Die Auslandsverschuldung hatte sich auf 23 Milliarden verdoppelt. Die Auslandsreserven waren unter die Grenze von drei Milliarden Dollar gefallen.

Die geschlossene, monopolistische Wirtschaft war in der Sackgasse gelandet und israelische Kapitalisten drangen auf Veränderung. Nach den Wahlen 1983 bildeten die beiden großen Parteien, Arbeitspartei und Likud, unter Yitzhak Shamir und Shimon Peres eine »Regierung der nationalen Einheit«. Nationaler Konsens war nötig, wollte man zwei Dinge erreichen: Den Rückzug aus dem libanesischen Hinterland und wirtschaftliche Erholung.

1985 wurde ein Stabilisierungsplan beschlossen, der zu plötzlicher Senkung der Inflation und hohen Zinsen führte. Auf Koor, das Industrieagglomerat der Histadrut, dessen Schulden bald die Zahl von 1,3 Milliarden Dollar erreichten, hatte dies eine fatale Wirkung. Die Gewerkschaftsspitze der Histadrut stimmte einem Einfrieren der Löhne und der Einstellung der Subventionierung von Grundkonsumgütern zu.

Der Stabilisierungsplan leitete strukturelle Veränderungen, die die Wirtschaft an die frischen Winde der Globalisierung aus Washington und London anpassen sollte. Er gewann die massive Zustimmung sowohl amerikanischer als auch israelischer Wirtschaftswissenschaftler. Die Tarife wurden gesenkt und Peres handelte einen Freihandelsvertrag mit den USA aus. Israels Industrie würde nicht wettbewerbsfähig sein, wenn die Arbeitsleistung sich nicht verbesserte. Peres' Lösung war es, vierzig Gesellschaften, einschließlich Koor, die der Regierung und der Histadrut gehörten, abzuwickeln, zu verkleinern oder zu privatisieren. Mit schmaltem, teurem Geld waren Firmen gezwungen zu rationalisieren. Von 1985 bis 1989 schoss der industrielle Ausstoß nach oben, ohne dass es eine Vergrößerung der Arbeiterschaft gegeben hätte. Stattdessen stieg die Arbeitslosigkeit von 6 Prozent auf 9 Prozent.

In Folge des Peres-Plans veränderte sich der Arbeitsmarkt, bis er nicht mehr wieder zu erkennen war: Die Unternehmer wurden mehrfach von Steuern und Gehaltserhöhungen befreit, zudem erhielten sie die Freiheit, Löhne und Zusammensetzung der Arbeiterschaft zu bestimmen. Mehr und mehr Arbeiter wurden im Akkord beschäftigt und nicht

gemäß dem Tarifvertragssystem der Histadrut. Ein zunehmender Teil wirtschaftlicher Aktivität fand außerhalb des tariflich organisierten Rahmens statt, auf Grundlage von Einzel-Arbeitsverträgen. Die Einstellung von Arbeitern ohne Tarifverträge durch Personalfirmen nahm enorm zu. Eine Untersuchung aus den Jahren 1995 – 1997 fand heraus, dass Personalfirmen monatlich 85.000 Arbeiter zur Verfügung stellen, 5 Prozent der Lohnempfänger in Israel, viermal soviel wie entwickelte Staaten. (Im vergangenen Jahr stieg die Zahl auf 150.000.) Die Histadrut stellte sich auf die neue Wirklichkeit ein, indem sie ihre eigene Personalfirma gründete.

Noch etwas Anderes wurde in den 1990ern beliebt: Die Auslagerung arbeitsintensiver Industrien, wie z.B. der Textilindustrie, nach Ägypten, Jordanien oder andere Niedriglohnländer. Wo dies nicht möglich war, wie auf dem Bau oder der Landwirtschaft, nahm die Histadrut hin, dass die Regierung den Import billiger, tariflich ungebundener Arbeit erlaubte.

Die Histadrut verteidigte nicht die tarifgebundene Arbeit, kämpfte nicht für die Rechte der Arbeitsmigranten, sondern ließ sie als billiges Arbeitskräftereservoir dienen.

Der Aufstieg der »neuen Histadrut«

Im letzten Jahrzehnt hat die Histadrut eine starke Wandlung erlebt. Früher wirtschaftliche Supermacht - dem größten Arbeitgeber im öffentlichen Sektor, mit einem Monopol über die Arbeitsbeziehungen – kämpft sie heute ums Überleben.

Diese Umwandlung bahnte sich lange an.

Schon vor der Gründung des Staates Israel stand die Histadrut der Arbeitspartei, die in den 1950ern als »Mapai« bekannt war, besonders nahe, (wie wir es auch in Europa zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften kennen). Diese war berüchtigt für die Diskriminierung jüdischer Immigranten aus arabischen Ländern (die sich teilweise rächten, als sie halfen, der Arbeitspartei 1977 eine parlamentarische Niederlage beizubringen und sich auch danach gegen sie wandten). Später kam heraus, dass die Histadrut insgeheim regelmäßig Mittel in die Arbeitspartei geleitet hatte. Dieses Geld kam von Mitgliedern, die, man erinnere sich, zur Mitgliedschaft gezwungen waren, um zur größten und sichersten Krankenversicherung des Landes zu gehören. So ging Geld, das unfreiwillige Mitglieder für ihre Krankenversicherung zahlten, statt dessen in die Truhen einer politischen Partei.

Zweitens waren da die bereits erwähnten Faktoren: Scheinarbeit, Überschuss, weitverbreitete Dauerstellungen und Protektionismus trugen zu niedrigen Produktivitätsraten bei (d.h. die gewerkschaftlichen Wirtschaftsunternehmen arbeiteten im kapitalistischen Sinne nicht profitabel genug). Der Stabilisierungsplan von 1985 kam als hartes Korrektiv. Er wurde von der Histadrut voll mitgetragen, die Entlassungen und Lohnstopps mit »Verständnis« hinnahm. Die einzige Arbeiterorganisation des Landes pflasterte den Weg in die Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise, gestattete Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, indem sie Arbeitgeber von Beschränkungen befreite, die zum Wohl der Arbeiter errichtet worden waren.

Obwohl die Histadrut, drittens, ihre Unternehmen wie Koor, Solel Boneh und Bank Hapoalim im Laufe der Jahre verkaufte, verschwanden die Haushaltsdefizite nicht. Die Rentenfonds der Histadrut versanken in Schulden.

Doch der entscheidende letzte Schlag kam von Haim Ramon, der 1994 an die Spitze der Histadrut gewählt worden war. Ramon war der Kronprinz der Arbeitspartei, ein möglicher Erbe der alten Garde. Als Gesundheitsminister der Regierung Yitzhak Rabin drängte er auf eine nationale Krankenversicherung. Diese würde die Verbindung zwischen der Mitgliedschaft in der Histadrut und der Mitgliedschaft in einer Krankenkasse durchtrennen, eine Verbindung, die die Bevölkerung erpresste und eine sichere Einnahmequelle für die Histadrut darstellte. Warum sollte sich ein Minister der Arbeitspartei für eine derart selbstmörderische Umstellung engagieren?

Seine Partei jedenfalls weigerte sich öffentlich mitzumachen und verwässerte den Vorschlag. Ramon trat von seinem Posten zurück und erklärte, dass er bei den kommenden Wahlen der Histadrut auf einer unabhängigen Liste antreten werde - gegen seine eigene Partei (In der Histadrut wird nach politischen Listen gewählt.). Gemeinsam mit seinem Nachfolger Amir Peretz siegte er mit großer Mehrheit. Dann durchschnitt er die Verbindung der Histadrut mit der Krankenkasse, und die Rabin-Regierung erließ ein nationales Krankengesetz durch die Knesset. Die Histadrut hatte ihre "Geiseln" verloren. Die Mitgliederzahl fiel bis 1995 von 1.800.000 auf 650.000. Der Rückgang der Mitgliedsbeiträge ließ das Defizit des Verbandes stark ansteigen. Ramon reagierte darauf mit dem Verkauf von Vermögenswerten. Dazu meint Dr. Yossi Dahan, Vorsitzender des ADVA Centers: *»Das war eine der größten Raube des Jahrhunderts. Innerhalb von Tagen oder Wochen wurde ein Unternehmen, das 25 Prozent der Wirtschaft kontrolliert hatte, in den Bankrott getrieben. Wie konnte dieser Raubzug geschehen? Wir wissen immer noch wenig. Z.B. die Immobiliengesellschaft Schikun v'Binui wurde für 300 Millionen Schekel verkauft. Ihr Wert stieg innerhalb weniger Monate auf 1,3 Milliarden.«*

Ende 1995, nach der Ermordung Rabins, als Ramon das Reich der Histadrut abgeräumt hatte, trat er von seinem schwer erkämpften Vorsitz zurück und wandte sich wieder der Arbeitspartei zu. Amir Peretz blieb für den übriggebliebenen Zwerg zuständig.

Ramon hatte in den Augen der Öffentlichkeit der Arbeitspartei großes Unrecht zugefügt. Warum konnte er also zurückkommen, genau wie die anderen, die sich seiner Revolte angeschlossen hatten? Es gibt Hinweise, dass unter der Oberfläche etwas vollständig anderes vorging. Schon in den 80ern hatte die Arbeitspartei – im Gegensatz zu ihren Vertretern in der Histadrut – entschieden, dass die Zukunft in der Globalisierung lag. Aus dieser Sicht war die Histadrut ein Albatros, der schwer auf der israelischen Wirtschaft lastete. Auch wenn der Verband Peres' Reformen mit »Verständnis« hingenommen hatte: Histadrut stand als Teil der organisierten Arbeiterschaft einer leichten Ausbeutung auf einem globalisierten (kapitalistischen) Markt im Wege. Es gibt Hinweise – im April 1994 in der Ha'aretz nachzulesen – dass Ramon der heimliche Gesandte von Premierminister Yitzhak Rabin war. Der Kopf der Arbeitspartei selbst hatte entschieden, dass die Milchkuh geschlachtet werden sollte!

In Anbetracht der Gesamtsituation scheint dies nicht unmöglich. Da waren die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Globalisierung bot, Rabins Bedarf an öffentlicher Unterstützung für den Oslo-Prozess, die übel beleumdete Verbindung zwischen der Histadrut und der Arbeitspartei, die Abneigung der Wähler, wegen der Mitgliedschaft in der

Krankenkasse in die Histadrut gezwungen zu sein, die Bekanntheit des Verbands für Verschwendung, Misswirtschaft und Protektionismus, seine Verbindung mit der alten Arbeitspartei der Diskriminierung. Zudem hatte die alte Garde der Histadrut immer Shimon Peres bei seinen parteiinternen Rivalitäten gegen Yitzhak Rabin unterstützt.

Als Folge der Schwächung des Zentralapparats der Histadrut erlebten die großen, in ihr organisierten Gewerkschaften einen Zuwachs an Macht, besonders jene der Angestellten, des Öffentlichen Diensts und der großen Monopole (Stromversorgung, Häfen, Telefongesellschaft, Flugzeugindustrie u.a.). Dies erklärt den Einfluss, den diese Gewerkschaften heute in der Histadrut ausüben. Sie sind in der Lage, ausgedehnte Streiks durchzuführen, im Kampf gegen die Pläne der Regierung, den öffentlichen Sektor zu reduzieren. Im Gegensatz dazu ist der Einfluss der Gewerkschaft in arbeitsintensiven Bereichen erheblich gesunken.

Die Partei »Ein Volk«: die großen Betriebsräte in der Defensive

Seit Mitte der 1980er stimmen die Ansichten der Arbeitspartei und der Partei Likud über die ökonomisch-soziale Agenda des Landes im Wesentlichen überein. Die Histadrut findet dort keinen politischen Ausdruck. Ihre großen Betriebsräte haben in den Zentren der Macht ihren Einfluss verloren. In Anbetracht der Gefahr weiterer Privatisierungen traten sie 1999 mit einer neuen Partei »Am Echad« (Ein Volk) zur Wahl an, um das Vakuum zu füllen. Auf ihrer Wahlliste standen Vertreter der Rechten und der Linken. Amir Peretz, frühere Taube der Arbeitspartei, und Likudmitglied Chaim

Katz, einstiger Vorsitzender des Betriebsrats der Flugzeugindustrie, sollten Am Echad politische Flexibilität verleihen. So würde sie sowohl den Likud als auch die Arbeitspartei unterstützen können und die Macht haben, eine Mehrheitskoalition zu schaffen oder zu zerstören. Dies würde die Rechte der großen Betriebsräte schützen.

Um ideologische Hindernisse zu vermeiden und sich alle Möglichkeiten offen zu halten, vermied es die neue Partei, zu zentralen politischen Fragen Stellung zu beziehen. So bevorzugte sie 1999 weder Ehud Barak noch Binyamin Netanyahu für den Platz des Premierministers. Am Ende errang Am Echad nur zwei Sitze und kam nicht in die Koalition Baraks. Sie stellte sich nicht gegen den Zustrom unorganisierter Migranten, die weiterhin die Arbeitsplätze der Palästinenser aus den besetzten Gebieten und der israelischen Araber einnahmen. Als Sharon 2001 eine »Regierung der Nationalen Einheit« bildete, trat Am Echad ihr bei. Sie stimmte für den Trennzaun in der Westbank, der die meisten palästinensischen Arbeiter aussperrt. Dieses Kapitel der Geschichte der Histadrut wird in den Augen der Palästinenser für immer ein Schandmal sein.

Stetiger Rückzug

Bei den Wahlen zur Knesset im Januar 2003 gewann Am Echad drei Mandate, aber da Likud und Shinui bei Wirtschaftsthemen eine neokonservative Mehrheit bildeten, hatte sie jede Chance verloren, Einfluss geltend zu machen. Die Likud-Shinui-Regierung führte einen drastischen Angriff auf den Rest-Wohlfahrtsstaat, und insbesondere auf die Histadrut durch. Eines der führenden Mitglieder des Finanzministeriums sagte ganz offen, dass die größte Leistung seines Amtes die Zerschlagung der organisierten Arbeit sei: »Für organisierte Arbeit besteht in Israel kein Bedarf mehr, weil der Staat ihre historische Rolle übernommen hat: die Rechte der Arbeiter zu sichern. Schließlich befasst sich die Histadrut nicht mit den Näherinnen in Yarka (einem drusischen Dorf – d. Verf.) oder den Arbeitern, die von den Personalfirmen ausgebeutet werden. Was die schützt, ist das Gesetz und das Netz der sozialen Sicherheit, für die beide der Staat sorgt.

Kurz vor Redaktionsschluss entfiel ein Text.

Stattdessen zeigen wir hier wichtige ältere Texte in Form von Broschüren – einige sind nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden. Wir werden auch nicht mehr alle neu auflegen. Deshalb – bevor es zu spät ist: Fordert eine Preisliste aller lieferbaren Texte über Postfach oder Internet. Die Adresse der GFSA findet ihr auf Seite 2 dieses Heftes. Wir liefern nach Eingang der Bestellungen.



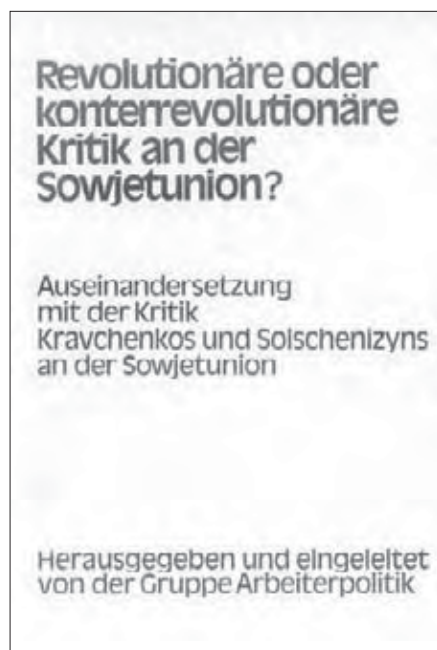
Darum ist die Zahl der organisierten Arbeiter in den letzten Jahrzehnte von 70 Prozent der Wirtschaft auf 20 Prozent gesunken. Wenn es uns gelingt, im Erziehungs- und Bankensektor Reformen umzusetzen, wird ihr Anteil noch weiter sinken, unter 20 Prozent.«

Finanzminister Benjamin Netanyahu scheute sich nicht, Bereiche anzugreifen, die bis dahin als heilige Kühe galten. Das Versagen der Histadrut, die Privatisierung der Rentenkassen, der Fluggesellschaft El Al, der Häfen und Banken zu verhindern, bewog die regionalen Verwaltungsstellen, sich auf ihre unmittelbaren Interessen zu konzentrieren und derweil Teile der Kriegsbeute aus den Verkäufen zu fordern. In Anbetracht der defätistischen Haltung der Verwaltungsstellen und des Gefühls, dass sein eigenes Lager neben ihm wegbricht, zog Peretz den Schluss, dass die Tage von Am Ehad gezählt waren. Im September 2003 streckte er seine Fühler Richtung Arbeitspartei aus und im Mai 2004 stieß er wieder zu ihr. Dieser Zusammenschluss schließt einen Kreis im Leben der neuen Histadrut und führt sie an den Punkt zurück, von dem aus sie vor zehn Jahren gestartet ist: die Arbeitspartei. Eine Gewerkschaft, die bei dieser Arbeitspartei Zuflucht sucht, bringt sich in Gefahr, denn diese Partei ist der Globalisierung und der Marktwirtschaft nicht weniger verpflichtet als der Likud. Es gibt keinen Weg zurück zum Wohlfahrtsstaat – oder zu der historischen Rolle der Histadrut als zentraler Faktor in Israels Gesellschaft.

Es ergeben sich neue Möglichkeiten

Das Dahinschwinden der Histadrut gibt dem Kapital freie Hand und lässt die Arbeiter als leichtes Opfer der Ausbeutung zurück. Andererseits eröffnet der Niedergang einer Organisation, die einmal die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiter monopolisiert hatte, eine Entwicklungschance für andere Organisationen. Zum ersten Mal sind Bedingungen für das Heranwachsen einer Alternative entstanden.

Weite Bereiche der Arbeiterschaft stehen außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens, insbesondere Zeitarbeiter, Araber, Migranten und die Beschäftigten der Personalfirmen (vergleichbar mit unseren Zeitarbeitsfirmen). Zusammen genommen machen diese Gruppen die Mehrheit der israelischen Arbeiterklasse aus. In dem Vakuum, das die Histadrut zurückgelassen hat, sind neue Gruppen entstanden: z.B. Kav la'Oved (Workers' Hotline), Commitment, The Center for Aid to Foreign Workers und WAC. Jede versucht auf ihre Weise die Rechte jener Arbeiter zu verteidigen und zu fördern, die die Histadrut im Stich gelassen hat. Besonders die arabische Bevölkerung hat eine Tradition unabhängiger Organisation, die in den 50er Jahren, als die Histadrut sie einheimste, aufgegeben wurde. Dieser Teil der Arbeiterschaft kann als Ausgangspunkt für eine neue Gewerkschaft dienen, zugänglich für alle, deren Macht nicht an das zionistische Establishment gebunden sein wird. Die Anstrengungen des WAC wiedereröffnen diese Möglichkeit allen Arbeitern, die in der neuen Histadrut keine Stimme haben. ■





■ HAMBURG

Polizeieinsatz auf dem Campus

Schlagstöcke gegen beginnende Studentenproteste

Seit einem Warnstreik am 26. April demonstrieren in Hamburg Studierende gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren. Anfang Mai fand eine Urabstimmung statt, an der sich nach Angaben des ASTA 13 000 Studenten beteiligten, das entspricht einer Beteiligung von über 31 Prozent. 94 Prozent votierten gegen die Einführung der Studiengebühren. Eine Ausweitung der Proteste war damit absehbar.

Die Leitung der Universität, die Eskalation des Widerstandes befürchtend, reagierte umgehend – mit Hilfe der Polizei. Bereits am 26. April war diese gegen Streikposten eingesetzt worden. Am 10. Mai rückten auf Anforderung des Universitätspräsidenten Jürgen Lühje, der den Campus für die Staatsgewalt freigab, mehrere Hundertschaften an, die mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen die Demonstrierenden vorgingen. 35 Studenten wurden festgenommen. Der Widerstand zahlreicher KommilitonInnen erzwang ihre Freilassung. Noch am Nachmittag wurde eine Kundgebung möglich, nachdem die Polizei sich zurückgezogen hatte. ASTA-Sprecher Sven Wirth forderte öffentlich den Rücktritt des Universitätspräsidenten. Der versucht jetzt eine Deeskalation durch Zugeständnisse zu erreichen: die Studiengebühren in Höhe von 500,- Euro (zusätzlich zu den aktuellen Semestergebühren) seien nicht in der von Wissenschaftssenator Dräger für das Sommersemester 2006 angekündigten Form durchsetzbar. Die Studierenden bleiben bei ihrer Forderung nach vollständigem Verzicht.

Auf der jährlichen Gedenkveranstaltung am 15. Mai anlässlich der Bücherverbrennung wurde zur Unterstützung des universitären Widerstandes aufgerufen und bei der Gelegenheit aus einem offenen Brief an den Präsidenten der Universität zitiert: »Mit Bestürzung habe ich Ihre Pressemitteilung vom 11. Mai gelesen: Sie legen darin offenbar fest, wie

studentische Protestformen aussehen sollen, definieren Versammlungsfreiheit und Streikrecht, versagen den protestierenden Studierenden den Schutz von Grundrechten. Wahrscheinlich große Geschütze haben Sie darin auffahren lassen, da nimmt sich doch das Reizgas und so mancher Schlagstock beim Polizeieinsatz vom 10. Mai gegen die Protestierenden geradezu alltäglich aus.

Was war passiert, was hat Sie zur Preisgabe des Universitätsgeländes an die Polizei veranlasst?

Der studentische Protest beweist hohes Verantwortungsgefühl, ist legitimiert durch die Urabstimmung der Studierenden. Von 13.196 abgegebenen Stimmen innerhalb der dreitägigen Abstimmungszeit sprachen sich 94,48 Prozent für ein gebührenfreies Studium aus, die Vollversammlung erteilte einen klaren Auftrag für die Aktionen.

Wer hat eigentlich im Zusammenhang mit diesen Protesten den Begriff »Gewaltstreik« eingeführt?

Ich habe die Protestaktionen beobachtet: Friedliche Sitzblockaden, Ankündigungen eines widerständigen Sommers auf gelben T-Shirts, Studierende, die tapfer und selbstlos sitzen blieben, um von Polizisten weggetragen zu werden - stellvertretend für andere, die das aus unterschiedlichsten Gründen nicht durchstehen. Ist das in Ihren Augen Gewaltbereitschaft? Ich nenne es Entschlossenheit und (die doch immer wieder reklamierte) Zivilcourage. Transparente mit Forderungen nach mehr Büchern, mit Feststellungen wie »Studiengebühren verschärfen den sozialen Numerus Clausus« können Sie doch wohl auch nicht zu derartig die Eskalation fördernden Maßnahmen veranlasst haben.

Wären Ihnen denn Wattebäuschchen lieber? Vielleicht könnten da ja einschlägige Erfahrungen mit dem Protest der ErzieherInnen in der Bürgerschaft ausgetauscht werden.«

Die Hamburger Gewerkschaften begnügen sich bislang mit Solidaritäts-Erklärungen des DGB-Vorsitzenden Pumm, der die »familien- und jugendfeindliche Politik des CDU-Senats« verbal attackierte. Die Proteste dauern an. ■